

August 2017

Bankenbarometer 2017

Die konjunkturelle Entwicklung der Banken in der Schweiz

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	4
1 Der Schweizer Bankensektor	10
1.1 Wirtschaftliches Umfeld der Banken in der Schweiz	11
1.1.1 Wirtschaftspolitik	11
1.1.2 Strukturwandel	14
1.1.3 Regulierung	16
1.1.4 Steuern und Compliance	17
1.1.5 Wettbewerbsfähigkeit	18
2 Geschäftserfolg der Banken	22
2.1 Entwicklungen im Jahr 2016	23
2.1.1 Geschäftserfolg nach Geschäftsbereichen	23
2.1.2 Geschäftserfolg nach Bankengruppen	25
2.1.3 Jahresgewinn und Steuern	27
2.2 Entwicklungen im Jahr 2017	28
3 Bilanzgeschäft	30
3.1 Entwicklungen im Jahr 2016	30
3.1.1 Entwicklung der Bilanzen	30
3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts	36
3.2 Entwicklungen im Jahr 2017	39
4 Vermögensverwaltung	42
4.1 Entwicklungen im Jahr 2016	42
4.2 Entwicklungen im Jahr 2017	48
5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz	50
5.1 Entwicklungen im Jahr 2016	50
5.2 Entwicklungen im Jahr 2017	53
6 Literaturverzeichnis	58

Executive Summary

Der Bankensektor trägt wesentlich zum Erfolg des Schweizer Finanzplatzes bei. Die Schweiz gehört zu den global führenden Finanzplätzen und zählte auch 2016 zu den wettbewerbsfähigsten Finanzzentren weltweit. Per Ende 2016 waren in der Schweiz 261 Banken tätig, fünf weniger als im Vorjahr.

Mit Zürich und Genf rangierten zwei Schweizer Städte auf den Plätzen 11 und 20 im Global Financial Centres Index 2017. Dies entspricht einer deutlichen Verschlechterung der Attraktivität im Vergleich zu den vorangehenden Jahren.

Die Banken in der Schweiz stehen vor grossen Herausforderungen: Steigende Regulierungskosten, Negativzinsphase, sinkende Margen, steigende Kundenansprüche, Digitalisierung, politische und rechtliche Unsicherheiten während der Verhandlungen über den Brexit sowie Unsicherheit über die zukünftige Politik der USA. Auch werden weiterhin sinkende Margen und die fortschreitende Digitalisierung der Finanzbranche in den kommenden Jahren die strukturelle Neuordnung im Bankensektor vorantreiben.

Die Banken nehmen diese Herausforderungen an und sind erfolgreich dabei, sich in diesem unsicheren Umfeld solide zu entwickeln.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat vor über zwei Jahren Negativzinsen eingeführt. Ende 2016 unterlagen in der Schweiz Bankguthaben im Umfang von CHF 234 Mrd. dem Negativzins. Branchenweit hat sich der Negativzins auch im Jahr 2016 dämpfend auf die Zinsmarge ausgewirkt. Damit stösst das Passivgeschäft zusehends an seine Grenzen. Die durch das Zinsumfeld hohe Kreditnachfrage erlaubte es den Banken, den Margendruck mit einer Ausweitung des Kreditvolumens zu kompensieren.

Im Zusammenhang mit dem Brexit und der politischen Situation in den USA bleiben Unsicherheiten für die Schweizer Banken vorerst bestehen.

Der digitale Wandel bietet dem Finanzplatz und der Volkswirtschaft grosse Chancen. Ein Bericht des Bundesrats über die zentralen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft kommt zum Schluss, dass die Schweiz gut positioniert ist, um sich im digitalen Strukturwandel zu behaupten. Die Digitalisierung vereinfacht die Verlagerung einzelner Abteilungen und Geschäftsprozesse, es ändern sich aber auch die Berufsprofile der Bankmitarbeitenden.

In jüngster Zeit ist ein starker Trend hin zur Kooperation von Fintech-Unternehmen und Banken zu beobachten. Dabei dürften die etablierten Banken ihre Vorteile in Bereichen wie Regulierung oder der sicheren Verwahrung von Vermögenswerten und Daten sowie das daraus resultierende hohe Vertrauen der Kunden einbringen, wogegen Startups einen idealen Rahmen zur Entwicklung von neuen Geschäftsideen bieten.

Um die Herausforderungen des digitalen Strukturwandels zu meistern, müssen alle Betroffenen frühzeitig einbezogen und der Handlungsbedarf rasch identifiziert werden. Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) hat dazu im Sommer 2016 die Expertengruppe Fintech ins Leben gerufen.

Obwohl die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gemäss verschiedenen Indikatoren nach wie vor sehr gut ist, lasten die mit der Regulierungsdichte einhergehenden Kosten schwer auf den Banken. Es sind deshalb administrative Entlastungen und eine Verbesserung der bestehenden und zukünftigen Regulierung notwendig.

Um auch weiterhin zu den führenden Finanzzentren der Welt zu gehören, ist die Schweiz auf Marktzugang zu ausländischen Kunden angewiesen. Dazu will sie die Äquivalenz der Gesetzgebungen gewährleisten und ist internationalen Standards verpflichtet. Beispiele dafür sind das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das Finanzinstitutsgesetz (FINIG).

Die Schweiz setzt internationale Standards, wie den am 1. Januar 2017 in Kraft getretenen automatischen Informationsaustausch (AIA), um. Neben der Schweiz haben sich über hundert Staaten, darunter alle wichtigen Finanzzentren und Konkurrenzfinanzplätze der Schweiz, zur Übernahme dieses Standards bekannt.

Damit die Schweiz sich im internationalen Vergleich wieder verbessern kann und auch zukünftig über einen starken, international konkurrenzfähigen Finanzmarkt verfügt, sind bestmögliche, international akzeptierte Rahmenbedingungen notwendig. Der Bundesrat anerkennt in seinem Finanzmarktbericht vom Oktober 2016 die wichtige Rolle, die der Finanzplatz für die Schweizer Volkswirtschaft spielt und setzt sich für einen wettbewerbsfähigen, global führenden Finanzplatz ein. Um die Interessen des Finanzplatzes glaubwürdig zu vertreten und den Finanzplatz Schweiz im In- und Ausland klar zu positionieren, ist die enge und intensive Zusammenarbeit von allen Finanzplatzakteuren, der Wirtschaft, der Behörden und der Politik nötig. Ein erstes Beispiel für eine solche erfolgreiche Zusammenarbeit war eine Reise des Bundesrats mit Branchenvertretern nach Asien im April 2017.

Der aggregierte Geschäftserfolg der Banken in der Schweiz ist im Jahr 2016 um 3,2 Prozent auf CHF 62,5 Mrd. gesunken. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent gesunken. Ein Grund für den Rückgang waren die Negativzinsen. Trotz des Rückgangs trägt der Erfolg aus dem Zinsgeschäft wie im letzten Jahr den grössten Anteil am aggregierten Geschäftserfolg. Durch die hohe Preissensitivität der Kunden war der Spielraum der Banken beschränkt, die Negativzinsen in Form von höheren Kommissionen an die Kunden

weiterzugeben. Dadurch sank der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft im Jahr 2016 um 6,7 Prozent. Ein weiterer Grund für den Rückgang war der allgemein niedrige Handelsumsatz. Davon war auch der Erfolg aus dem Handelsgeschäft betroffen, welcher im Jahr 2016 um CHF 2,4 Mrd. sank. Einen Anstieg verzeichnete hingegen der übrige ordentliche Erfolg, welcher um 27,9 Prozent auf CHF 11,4 Mrd. anstieg und damit Ende 2016 18,2 Prozent des Gesamterfolgs ausmachte. Für diese Zunahme dürften das im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr verbesserte konjunkturelle Umfeld in der Schweiz sowie die erfolgreiche Verarbeitung des Frankenschocks aus dem Jahr 2015 verantwortlich sein.

Der Bruttogewinn nahm 2016 um 16,8 Prozent ab. Die Banken entrichteten Ertrags- und Gewinnsteuern in der Höhe von CHF 2,3 Mrd.

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2016 um 2,5 Prozent auf CHF 3'100,8 Mrd. Die Hypothekarforderungen erhöhten sich 2016 gegenüber dem Vorjahr erneut um 2,6 Prozent und nahmen mit 31,2 Prozent den bedeutendsten Aktivposten ein. Die flüssigen Mittel haben mit 10,9 Prozent ebenfalls zugelegt. Dieser Anstieg hängt hauptsächlich mit den Devisenkäufen der SNB und den gestiegenen Giro Guthaben der Banken bei der SNB zusammen. Die Position Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 19,4 Prozent. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass das Handelsgeschäft insgesamt rückläufig war.

Auf der Passivseite verzeichneten die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen einen Anstieg von 2,7 Prozent. Die Sichteinlagen machten per Ende 2016 mit 28,9 Prozent den grössten Anteil unter den Passiven aus. Die Termineinlagen haben im Niedrigzinsumfeld hingegen an Attraktivität verloren und hatten nur noch einen Anteil von 6,5 Prozent. Zudem verzeichneten die eigenen Mittel einen Anstieg von 7,1 Prozent.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 ist die aggregierte Bilanzsumme der Banken in der Schweiz erneut um 0,8 Prozent gestiegen. Damit hat sich die Entwicklung aus dem Jahr 2016 fortgesetzt. Am stärksten angestiegen sind die Handelsbestände und die Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Der Bestandesanstieg ist darauf zurückzuführen, dass der Handelsumsatz im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugelegt hat. Auf der Passivseite

haben die Positionen Verpflichtungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften, Verpflichtungen aus Kundeneinlagen sowie die eigenen Mittel weiter zugelegt.

Das Kreditgeschäft der Banken ist ein wichtiges Standbein für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Die Kreditvergabe an Unternehmen und Private in der Schweiz ist intakt. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2016 um 2,9 Prozent auf CHF 1'107,5 Mrd. zu. Davon stammten CHF 158,2 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden und CHF 949,3 Mrd. aus Hypothekarforderungen. Das Wachstum der inländischen Hypothekarkredite fiel 2016 mit 2,7 Prozent leicht höher aus als im Jahr zuvor (+2,6 %). Die ungedeckten Forderungen haben um 1,8 Prozent und die gedeckten Forderungen um 7,7 Prozent zugelegt.

Trotz verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen und des Niedrigzinsumfelds bleibt die Schweiz mit einem Marktanteil von 24,0 Prozent im globalen grenzüberschreitenden Private Banking Weltmarktführerin. Das verwaltete Vermögen in der Schweiz stieg im Jahr 2016 um 1,3 Prozent auf CHF 6'650,8 Mrd. Der Anteil des ausländischen Kundenvermögens ging von 49,3 Prozent auf 48,2 Prozent zurück.

Im Jahr 2016 beschäftigten die Banken im Inland 101'382 Personen (in Vollzeitäquivalenten). Die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und strukturellen Anpassungen der Bankenlandschaft wirkten sich auch auf die Beschäftigungszahl aus. Diese nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1'660 Stellen ab (-1,6 %). Die Konsolidierung bezüglich der Anzahl Arbeitsplätze hat sich auch im ersten Halbjahr 2107 fortgesetzt. Der Rückgang des Personals fiel aber mit rund einem Prozent geringer aus als in der Vergangenheit. Die Ergebnisse einer Befragung durch die SBVg bei rund 160 Banken zeigen für den weiteren Jahresverlauf eine verhalten optimistische Sicht in Bezug auf die Arbeitsplatzentwicklung.

1 Der Schweizer Bankensektor

Der Bankensektor trägt wesentlich zum Erfolg des Schweizer Finanzplatzes bei. Die Schweiz gehört zu den global führenden Finanzplätzen und zählte auch 2016 zu den wettbewerbsfähigsten Finanzzentren weltweit. Mit Zürich und Genf rangierten zwei Schweizer Städte auf den Plätzen 11 und 20 im Global Financial Centres Index 2017.¹

Die Branche umfasst eine Vielfalt an Bankinstituten mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen. Die Palette an Dienstleistungen ist umfassend und entwickelt sich im Digital Banking rasant. Der Bankensektor erbrachte 2016 in einem seit Jahren herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld mit fünf Prozent einen bedeutenden Teil der Wertschöpfung in der Schweiz.²

Per Ende 2016 waren in der Schweiz 261 Banken tätig, fünf weniger als im Vorjahr. Massgeblich verantwortlich für diese Veränderung sind die Weglassungen von

¹ Z/Yen Group Limited (2017).
² Bundesamt für Statistik (BFS).

Auslandbanken. Bei der Gruppe der Grossbanken kam durch die Gründung der Credit Suisse (Schweiz) AG als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Credit Suisse AG ein Institut hinzu. Bei der Gruppe der Privatbankiers wurde eine Bank umgeteilt, welche neu den Börsenbanken angehört.

Die SNB teilt die Banken in der Schweiz in acht Gruppen ein: Kantonalbanken, Grossbanken, Regionalbanken und Sparkassen, Raiffeisenbanken, Auslandbanken, Privatbankiers, Börsenbanken und «Andere Banken».

Abb. 1

Die Struktur des Schweizer Bankensektors per Ende 2016

	Anzahl Institute 2015	Anzahl Institute 2016	Neuaufnahmen	Umteilmungen	Weglassungen
Kantonalbanken	24	24			
Grossbanken	3	4	1		
Regionalbanken u. Sparkassen	62	62			
Raiffeisenbanken	1	1			
Auslandbanken	111	107	1		5
Privatbankiers	7	6		-1	
Börsenbanken	44	43		+1	2
Andere Banken	14	14			
Total	266	261	2		7

Quelle: SNB

1.1 Wirtschaftliches Umfeld der Banken in der Schweiz

1.1.1 Wirtschaftspolitik

Negativzinsen

Die seit langem anhaltende Periode der internationalen ultraexpansiven Geldpolitik beschäftigt die SNB nach wie vor stark. Im Gleichschritt mit dem zunehmenden Risiko dieser Politik nimmt die Wirksamkeit weiterer ausserordentlicher geldpolitischer Eingriffe ab. Die SNB sieht sich im sogenannten geldpolitischen Trilemma,

nach welchem nur zwei von den drei Zielen «stabile Wechselkurse», «freier Kapitalverkehr» und «autonome Geldpolitik» gleichzeitig erreicht werden können.

Ergänzend zu ihren Devisenmarktinterventionen hat die SNB vor über zwei Jahren Negativzinsen eingeführt, um den Druck auf den Schweizer Franken zu mindern. Ende 2016 unterlagen in der Schweiz CHF 234 Mrd. an Bankguthaben dem Negativzins. Branchenweit hat sich der Negativzins auch im Jahr 2016 dämpfend auf die Zinsmarge ausgewirkt. Das Retailgeschäft stösst damit zusehends an seine Grenzen. Die durch das Zinsumfeld hohe Kreditnachfrage erlaubte es den Banken, den Margendruck mit einer Ausweitung des Kreditvolumens zu kompensieren. Bei der Hypothekenvergabe, die in den letzten Jahren über dem Wirtschaftswachstum lag, sprechen die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) und die SNB von einem Ungleichgewicht und beobachten die Entwicklung deshalb genau.

Bis auf wenige Ausnahmen haben die meisten Banken im Passivgeschäft mit Retailkunden bisher davon abgesehen, den Negativzins auf ihre Privatkundschaft abzuwälzen. Die daraus entstehenden Verluste kompensieren sie teilweise durch das Aktivgeschäft und durch Gebührenerhöhungen. Institutionellen und sehr vermögenden Kunden verrechnen die Banken die Negativzinsen in der Regel weiter.

Brexit und USA

Im Zusammenhang mit dem Brexit und der politischen Situation in den USA bleiben Unsicherheiten für die Schweizer Banken vorerst bestehen.

Der Brexitentscheid führt während der Verhandlungs- und Übergangszeit zu Rechtsunsicherheit in Grossbritannien. Dies ist für Finanzgeschäfte, vor allem für den Vertrieb von Finanzdienstleistungen an private Kunden, besonders schwerwiegend. Banken planen in Alternativszenarien, um künftig einen anderen Standort innerhalb der EU zulasten Londons auszubauen. Gewisse Institute bedienen ihre privaten EU-Kunden bereits heute aus Luxemburg und Frankfurt. Dieser Vertriebsweg dürfte intensiviert werden, wenn die britische Regierung einen harten Brexit anstrebt und die britischen Banken den Zugang zum EU-Binnenmarkt verlieren sollten.

Im Asset Management und der Vermögensverwaltung für institutionelle Kunden sind die Unsicherheiten geringer, denn die betreffende EU-Gesetzgebung (u.a. AIFMD, MiFIR) enthält in diesen Bereichen Äquivalenzbestimmungen, welche Grossbritannien erfüllen kann.

In den USA herrscht mit der neuen Administration Unsicherheit über die zukünftige Politik des Landes. Themen wie Regulierungsabbau und Steuersenkungen sowie Neuverhandlungen und unilaterale Massnahmen betreffend Handel könnten zu Verschiebungen im internationalen Standortwettbewerb führen. Namentlich sollen Teile des Dodd-Frank-Regelwerks wieder abgeschafft werden. Auch die Legitimität des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht und des Financial Stability Boards (FSB) werden hinterfragt. Die Schweiz ist gefordert, die Entwicklungen bei der Ausgestaltung internationaler Rahmenbedingungen eng zu verfolgen und gegebenenfalls ihrerseits zeitnahe Anpassungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit anzustreben.

Digitale Wirtschaft

Der digitale Wandel bietet nicht nur der Finanzbranche grosse Chancen, sondern der gesamten Schweizer Volkswirtschaft. Deshalb hat der Bundesrat im Januar 2017 einen Bericht³ über die zentralen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft verabschiedet, welcher innerhalb der im April 2016 eingeschlagenen Strategie «Digitale Schweiz» eine Standortbestimmung vornehmen soll.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Schweiz gut positioniert ist, um sich im digitalen Strukturwandel zu behaupten: Die bestehende Gesetzgebung bietet grundsätzlich eine geeignete Grundlage und es genügt, bestehende Normen punktuell anzupassen. Für die Entwicklung, die Produktion und den Vertrieb neuer digitaler Produkte und Dienstleistungen soll möglichst viel Freiraum bestehen. Der Bundesrat hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) auch beauftragt, bei der Privatwirtschaft die Umfrage «Digitaler Test» durchzuführen. Das Ziel war eine Analyse der digitalen Tauglichkeit des bestehenden wirtschaftspolitischen Gesetzesrahmens vorzulegen und allfälligen Revisionsbedarf aufzuzeigen.

³ «Bericht über die zentralen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft», Bundesrat (2016).

1.1.2 Strukturwandel

Verlagerung von Arbeitsplätzen

Das Niedrigzinsumfeld, strengere Regeln für die Kreditvergabe oder neue Eigenkapitalanforderungen belasten weiterhin die Margen der Banken und erfordern Massnahmen, um ertrags- und kostenseitig Fortschritte zu erzielen. Die Digitalisierung bietet diesbezüglich sich rasch entwickelnde Möglichkeiten, durch die neue Angebote ermöglicht, Geschäftsprozesse optimiert und damit Arbeitskosten reduziert werden können. Andererseits vereinfacht die Digitalisierung die Verlagerung einzelner Abteilungen und Geschäftsprozesse durch Outsourcing in Zulieferfirmen oder in Länder mit niedrigeren Arbeitskosten. Aufgrund der Digitalisierung selbst ändern sich auch die Berufsprofile der Bankmitarbeitenden. Es ist wenig überraschend, dass der Überschuss offener Stellen über die Arbeitslosen bei den Informatikberufen am höchsten und im Salesbereich deutlich negativ ist.⁴

Digitalisierung

Die Geschwindigkeit, mit welcher die Digitalisierung die Bankenwelt verändert, ist hoch und nimmt weiter zu. Vor wenigen Jahren herrschte vielerorts die Erwartung, dass Fintech-Startups mit ihrem Disruptionspotential die Daseinsberechtigung von Banken in Frage stellen könnten. Doch in jüngster Zeit ist ein starker Trend hin zur Kooperation von Fintech-Unternehmen und Banken zu beobachten. Die etablierten Banken müssen zwar verstärkt ihr Geschäftsmodell und ihre diesbezügliche Leistungserstellung überdenken, wobei die Wertschöpfungstiefe laufend reduziert wird. Ihr Knowhow im Bereich Regulierung oder die sichere Verwahrung von Vermögenswerten und Daten sowie das daraus resultierende hohe Vertrauen verschafft den Banken jedoch einen wesentlichen Vorteil gegenüber Startups bei der Kundenakquise. Startups bieten einen idealen Rahmen zur Entwicklung von neuen Geschäftsideen und können diese in einer höheren Geschwindigkeit umsetzen als etablierte Banken. Die Banken können durch Kooperationen mit Startups somit ihr Leistungsangebot ausbauen und Effizienzsteigerungen realisieren.

⁴ Arbeitgeber Banken Monitor (3/2017).

Finma und EFD reagieren auf die Digitalisierung im Finanzsektor

Die neu entstehenden digitalen Ökosysteme und Geschäftsmodelle stehen zusehends in einem Spannungsfeld mit den bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen. Im November 2016 wurde deshalb das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) vom Bundesrat beauftragt, im Eiltempo eine Vorlage für die Erleichterung bei den regulatorischen Rahmenbedingungen für Anbieter von innovativen Finanztechnologien auszuarbeiten. Beispielsweise erlauben es die neuen Regeln, ohne Bewilligung Gelder bis zu 1 Million Franken entgegenzunehmen. Für die Anbieter digitaler Finanzdienstleistungen gelten ab dem 1. August 2017 weniger strenge Regeln. Der Bundesrat hat anfangs Juli 2017 die revidierte Bankenverordnung verabschiedet.

Auch die Finma reagierte auf die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle, indem sie anfangs 2016 beispielsweise einen Fintech-Desk für Startups einrichtete. So können Anfragen heute rasch beantwortet und Rechtssicherheit geschaffen werden.

Gute Standortbedingungen für Fintech

Um die Herausforderungen des digitalen Strukturwandels zu meistern, müssen alle Betroffenen frühzeitig einbezogen und der Handlungsbedarf rasch identifiziert werden. Deshalb befasst sich die SBVg seit längerem mit der Thematik Fintech und pflegt einen engen Austausch mit den Behörden, Regulatoren und Banken. Die SBVg hat im Sommer 2016 die Expertengruppe (EG) Fintech ins Leben gerufen, in der hochrangige Vertreter aller Bankengruppen Einsitz nehmen. Die EG Fintech beobachtet unter anderem zukunftssträchtige Fintech-Entwicklungen und analysiert die Eignung der Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Stärkung der Finanzindustrie und die Sicherstellung des Level Playing Fields für Banken.

Gute Standortbedingungen für Fintech sind essentiell für die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Finanzplatzes. Wichtig hierbei ist aber, dass im Sinne eines Level Playing Fields innovative Dienstleistungen und nicht einzelne Anbietersegmente gefördert werden. Bestehende Finanzdienstleistungsunternehmen sollen also zu den gleichen regulatorischen Bedingungen am innovativen Fintech-Markt partizipieren können wie die neuen Anbieter. Gerade im Rahmen der Geldwäscherei wäre es für den Finanzplatz Schweiz äusserst riskant, die Pflichten für Fintech-Unternehmen aufzuweichen.

1.1.3 Regulierung

Obwohl die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gemäss verschiedenen Indikatoren wie beispielsweise dem IMD-Ranking⁵ nach wie vor gut ist, zeigen Analysen, welche sich vor allem auf die Regulierungsdichte fokussieren, ein differenziertes Bild. So ist die Schweiz beispielsweise im «Doing-Business-Index» der Weltbank zwischen 2005 und 2017 zurückgefallen. Mit ein Grund für die sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz als Standort für Unternehmen ist die stetig zunehmende Regulierungsdichte. Es sind deshalb administrative Entlastungen und eine Verbesserung der bestehenden und zukünftigen Regulierung notwendig. Diese Erkenntnis reflektiert sich in der «neuen Wachstumspolitik 2016–2019» des Bundesrates.⁶ Auch die SBVg setzt sich für das Konzept einer guten Regulierungspolitik ein, in deren Zentrum eine unabhängige Prüfstelle steht.⁷

Die durch gute Regulierungspolitik gesetzten Rahmenbedingungen bestimmen das Geschäftsklima für Anbieter und Kunden positiv: Kostengünstige, zweck- und verhältnismässige Vorschriften ziehen Anbieter und Kunden an und führen so zur Schaffung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in der Schweiz.

In eine ähnliche Richtung stösst der erste Jahresbericht des «Beirats Zukunft Finanzplatz».⁸ Das vom Bundesrat eingesetzte und bis Ende 2019 wirkende 19-köpfige Expertengremium befasst sich losgelöst vom Tagesgeschäft mit Fragen rund um die langfristige Finanzmarktstrategie. Unter anderem unterbreitete der Beirat dem Bundesrat Ende 2016 die konkrete Empfehlung, für wichtige Finanzmarktregulierungen ex-post-Analysen einzuführen: Einige Jahre nach der Einführung einer Regulierung sollen deren Kosten und Nutzen analysiert und Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet werden.

5 Competitiveness-Ranking, Institute for Management Development (IMD).

6 «Neue Wachstumspolitik 2016–2019», Bundesrat (2016).

7 «Konzeptionelle Grundlagen einer unabhängigen Regulierungsprüfstelle», Büro Vatter (2016).

8 «Jahresbericht 2016 zuhanden des Bundesrates», Beirat Zukunft Finanzplatz (2016).

FIDLEG und FINIG

Der Ständerat hat als Erstrat im Dezember 2016 das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das Finanzinstitutsgesetz (FINIG) behandelt und verschiedene Anpassungen und Verbesserungen an den Vorlagen vorgenommen (u. a. Herausnahme der Versicherer aus dem FIDLEG, Absage der Klageerleichterung von Finanzkunden, Absage der Umkehr der Beweislast bezüglich Informations- und Aufklärungspflichten). Die Vorlagen befinden sich nun im Nationalrat und sollten spätestens anfangs 2019 umgesetzt werden können.

Basel III

Im März 2016 hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht neue Regeln⁹ vorgestellt, nach welchen die Anwendung von bankinternen Risikomodeln zur Berechnung der Eigenmittel von Banken eingeschränkt werden soll.

Die Verabschiedung des neuen Regulierungspakets, die ursprünglich auf Januar 2017 geplant war, hat sich auf unbestimmte Zeit verschoben, da die Meinungsverschiedenheiten der Teilnehmer, insbesondere zwischen den USA und der EU, andauern. Im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit muss insbesondere verhindert werden, dass in der Schweiz vorauseilend Vorschriften umgesetzt werden, welche am Ende über die Anforderungen des Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hinausgehen.

1.1.4 Steuern und Compliance

AIA seit 1. Januar 2017 in Kraft

Seit dem 1. Januar 2017 sind das Gesetz und dessen Verordnung über den AIA, der global den Datenaustausch von Konten und Wertschriftendepots von ausländischen Steuerpflichtigen zwischen den Steuerbehörden der teilnehmenden Länder regelt, in Kraft. Neben der Schweiz haben sich über hundert Staaten, darunter alle wichtigen Finanzzentren und Konkurrenzfinanzplätze der Schweiz, zur Übernahme dieses Standards bekannt. Während im laufenden Jahr Daten gesammelt werden, tauschen die Schweizer Behörden diese ab 2018 mit 38 Ländern aus, darunter alle EU-Staaten. Mit 43 weiteren Ländern hat die Schweiz vereinbart, Daten ab 2019 auszutauschen. Die Genehmigung dieser Erklärungen durch die nationalen Parlamente ist jedoch noch ausstehend.

9 Basel Committee on Banking Supervision (2016).

Die Bedeutung des AIAs für die Schweiz ist gross, rund ein Viertel¹⁰ der weltweit grenzüberschreitend verwalteten Vermögen liegen in der Schweiz. Umso mehr setzt sich der Schweizer Finanzplatz für einen einzigen globalen Standard ein, bei dem alle Staaten dieselben Daten erheben und austauschen, bei dem die Informationen nur zu den im Abkommen vorgesehenen Zwecken verwendet werden und bei dem die Vertraulichkeit der Daten gewährleistet ist. Da der Schutz der Privatsphäre und die Schweigepflicht über ihre Kunden für die Schweizer Banken ein wichtiges Anliegen bleibt, ist ein ausreichender juristischer und technischer Datenschutz essenziell.

Länderexamen der Financial Action Task Force (FATF)

Die FATF hat 2014 ihre 40 Empfehlungen revidiert. In der Folge musste die Schweiz ihr Geldwäschereidispositiv anpassen. Dieses trat am 1. Januar 2016 in Kraft.¹¹ Im Dezember 2016 veröffentlichte die FATF ihren vierten Länderbericht¹², der die Umsetzung der 2012 revidierten Empfehlungen untersuchte. Die FATF anerkennt im Länderbericht die Qualität des schweizerischen Dispositivs zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung und attestiert dem Schweizer Finanzplatz ein überdurchschnittliches Ergebnis im Vergleich zu anderen untersuchten Staaten.

1.1.5 Wettbewerbsfähigkeit

Nicht nur die Digitalisierung verlangt nach steter Anpassung der Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Schweiz sondern auch die Entwicklung in gewissen Geschäftsbereichen. So sind die Wachstumserwartungen im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft deutlich tiefer als bei den Konkurrenzplätzen. Die Rückgänge seit dem besten Ranking im Jahr 2013 im Global Financial Centres Index von Rang 5 auf 11 für den Standort Zürich und von Rang 7 auf 20 für den Standort Genf machen deutlich, dass die Standortfaktoren der Schweiz zwingend verbessert werden müssen. Damit die Schweiz sich im internationalen Vergleich wieder verbessern und auch zukünftig über einen starken, international konkurrenzfähigen

¹⁰ The Boston Consulting Group (2017).

¹¹ Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB16).

¹² Mutual Evaluation Report, FATF (2016).

Finanzmarkt verfügt, sind bestmögliche, international akzeptierte Rahmenbedingungen notwendig.

Die politischen Entscheidungsträger haben die Zeichen erkannt. Im Oktober 2016 hat der Bundesrat seinen Finanzmarktbericht¹³ vorgelegt, welcher die Ziele zur Weiterentwicklung der Schweizer Finanzmarktstrategie vorstellt. Während die Umsetzung global anerkannter Standards weiterhin ein Kernpunkt der Politik sein wird, sollen nationale Handlungsspielräume ausgeschöpft und die Rahmenbedingungen am Finanzstandort Schweiz zukunftsgerichtet und effizient sein. Der Bundesrat anerkennt darin die wichtige Rolle, die der Finanzplatz für die Schweizer Volkswirtschaft spielt und will sich für einen wettbewerbsfähigen, global führenden Finanzplatz einsetzen.

Promotion für den Schweizer Finanzplatz

Gemäss Bundesrat soll das EFD eine wichtige Rolle bei der Promotion des Finanzplatzes übernehmen. Neben der Steuerkonformität sollen auch Themen wie die gute Kapitalisierung des Bankensystems, das Knowhow, die exzellente Ausbildung, die politische Stabilität und die Vorhersehbarkeit der Gesetzgebung im Ausland beworben werden. Bundesrat Ueli Maurer hat seinen Absichten im April 2017 mit einer Asienreise Taten folgen lassen. Zusammen mit der SBVg und weiteren Vertretern der Finanzbranche hat er Peking, Shanghai, Hong Kong und Singapur besucht, um fast 40 bilaterale Treffen und einige Promotionsanlässe durchzuführen.

Die Gesprächspartner äusserten in Themen wie Regulierung, Fintech, Marktzutritt und Kooperation mit asiatischen Banken den Willen zu einer weiteren Zusammenarbeit und haben sich für gemeinsame Projekte ausgesprochen. Das regulatorische und politische Umfeld fordert immer mehr Transparenz und Sicherheit, so dass hier eine neue Verhältnismässigkeit gefunden werden muss und Koordinationsfragen mit gleichgesinnten Partnerstaaten wie Singapur immer wichtiger werden. Um die Interessen des Finanzplatzes glaubwürdig zu vertreten und den Finanzplatz Schweiz im In- und Ausland klar zu positionieren, ist die enge und intensive Zusammenarbeit von allen Finanzplatzakteuren, der Wirtschaft, der Behörden und der Politik nötig.

¹³ «Finanzmarktpolitik für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz Schweiz», Bundesrat (2016).



Abb. 2

Ausgewählte Ereignisse, die den Finanzplatz bewegten

Wann	Thema	Meldung
Jan 16	Steuern u. Compliance	Die Finma setzt die totalrevidierte Geldwäschereiverordnung in Kraft. Die Revision trägt sowohl dem revidierten Geldwäschereigesetz als auch den angepassten internationalen Standards Rechnung.
Jan 16	Steuern u. Compliance	Die revidierte Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB 16) tritt per 1. Januar 2016 in Kraft.
Jan 16	Regulierung	Das Finanzmarktinfrastrukturgesetz (Finfrag), welches die Organisation und den Betrieb von Finanzmarktinfrastrukturen sowie Verhaltenspflichten im Effekten- und Derivatehandel regelt, tritt in Kraft.
Jan 16	Strukturwandel	Die Finma eröffnet einen Fintech-Desk für Startups.
Jan 16	Regulierung	Der Basler Ausschuss veröffentlicht die revidierten Eigenkapitalvorschriften, welche ab 2019 in Kraft treten.
Jan 16	Bankensektor	Die China Construction Bank (CCB) eröffnet als erste chinesische Bank eine Filiale in Zürich.
Feb 16	Steuern u. Compliance	Das US-Justizministerium schliesst das Selbstanzeige-Programm für Schweizer Banken ab, bei dem 80 Institute Beihilfe zur Steuerhinterziehung eingeräumt und USD 1,3 Mrd. an Bussen bezahlt haben.
Feb 16	Bankensektor	Die Privatbank EFG International übernimmt die Tessiner BSI für CHF 1,3 Mrd.
März 16	Steuern u. Compliance	Der Ständerat heisst als Erstrat den AIA mit der EU gut.
März 16	Strukturwandel	Die Finma lässt die Online- und Videoidentifizierung bei Kontoeröffnung zu.
März 16	Regulierung	Der Basler Ausschuss stellt neue Regeln vor, nach denen die Banken künftig eigene Berechnungsmodelle heranziehen dürfen, um regulatorische Eigenkapitalquoten zu berechnen.
Apr 16	Strukturwandel	Der Bundesrat verabschiedet die Strategie «Digitale Schweiz».
Mai 16	Regulierung	Der Bundesrat setzt eine Verordnung mit verschärften Kapitalregeln für Grossbanken auf Juli 2016 in Kraft.
Juni 16	Bankensektor	Die Postfinance tritt der SBVg bei.
Juni 16	Steuern u. Compliance	Das Schweizer Parlament heisst Abkommen mit 28 EU-Ländern zur Einführung des AIA gut.
Juni 16	Wirtschaftspolitik	Grossbritannien entscheidet sich für den Austritt aus der EU.
Juli 16	Strukturwandel	In Zug können ab 1. Juli 2016 Gebühren im Gegenwert von bis zu CHF 200 mit Bitcoins bezahlt werden.
Juli 16	Steuern u. Compliance	Das neue Bundesgesetz über unrechtmässig erworbene Vermögenswerte (SRVG) tritt in Kraft. Es ermöglicht die Behandlung solcher Vermögenswerte von der Sperrung bis zur Rückerstattung der Gelder an die Herkunftsstaaten.
Aug 16	Strukturwandel	Die Finma passt das Regelwerk an die zunehmende Digitalisierung an: Vermögensverwaltungsaufträge können neu digital vereinbart werden, nicht mehr zwingend schriftlich.
Okt 16	Wettbewerbsfähigkeit	Der Bundesrat veröffentlicht den neuen Bericht zur Finanzmarktstrategie.

Nov 16	Strukturwandel	Der Bundesrat beschliesst erste Eckpunkte für die Fintech-Regulierung. Für gewisse Finanzinstitute über einem Schwellenwert von CHF 1 Mio. gibt es neu eine erleichterte «Fintech-Lizenz».
Nov 16	Strukturwandel	Ab dem 11.11.2016 kann an den mehr als 1'000 SBB-Billettautomaten in der ganzen Schweiz die virtuelle Währung Bitcoin bezogen werden. In einer zweijährigen Probe-phase wollen die SBB herausfinden, ob für den Verkauf der digitalen Währung ein Markt besteht.
Nov 16	Wettbewerbsfähigkeit	Der Bundesrat genehmigt sieben strategische Ziele der Finma für die nächsten vier Jahre: Starke Kapitalisierung von Banken erhalten / Geschäftsverhalten der Finanzinstitute nachhaltig positiv beeinflussen / Too-big-to-fail-Problem mit funktionsfähigen Notfallplänen entschärfen / Gläubiger, Versicherte und System schützen / Regulierung innovationsfreundlich gestalten / prinzipienbasierte Finanzmarktregulierung anstreben / weitere Effizienzgewinne in der Aufsicht realisieren.
Nov 16	Bankensektor	Die Credit Suisse Schweiz, eine hundertprozentige Tochter der Credit Suisse AG, nimmt ihren Betrieb auf.
Jan 17	Regulierung	Der Basler Ausschuss verschiebt Entscheid über Regeln zur Berechnung von Eigenkapitalquoten.
Jan 17	Regulierung	Als erste europäische Verordnung in diesem Bereich tritt zum 1. Januar 2017 die Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Privatanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP-KID) in Kraft.
Jan 17	Regulierung	Der Bundesrat verabschiedet neue Anforderungen an die Eigenmittel von Banken für Derivate und Fondsanteile. Diese müssen erneuert werden, weil die bisherigen Berechnungsmethoden veraltet sind.
Jan 17	Steuern u. Compliance	Seit dem 1. Januar 2017 setzen die Schweizer Banken den AIA mit dem Ausland um.
Jan 17	Strukturwandel	Der Bundesrat verabschiedet den Bericht über die zentralen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft.
Feb 17	Wettbewerbsfähigkeit	Asset-Management-Experten verschiedener Banken und die SBVg geben in ihrer Studie «Der 3. Beitragszahler der beruflichen Vorsorge» Impulse zur Optimierung und Stärkung der Altersvorsorge in der Schweiz.
Feb 17	Steuern u. Compliance	Das EFD eröffnet Vernehmlassung zur Einführung des AIA mit zusätzlichen Ländern. Das Inkrafttreten des AIA mit 43 zusätzlichen Ländern ist auf den 1. Januar 2018 vorgesehen.
Apr 17	Steuern u. Compliance	Der Bundesrat lehnt den Gegenentwurf zur «Matter-Initiative» ab.
Apr 17	Strukturwandel	Fusion der Bezahl-Apps Twint und Paymit.
Apr 17	Wettbewerbsfähigkeit	Die Schweizer Bevölkerung vertraut den Banken. Das zeigt die im Auftrag der SBVg erstellte Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts M.I.S. Trend.
Jun 17	Bankensektor	Die Banken haben gemäss dem Stabilitätsbericht der SNB ihre Kapitalquoten verbessert. Risiken bestehen in der Vergabe von Hypotheken.
Juli 17	Regulierung	Der Bundesrat hat die revidierte Bankenverordnung verabschiedet. Ab dem 1. August gelten für Fintech-Unternehmen weniger strenge Regeln.

2 Geschäftserfolg der Banken

Im Jahr 2016 haben 226 der insgesamt 261 Banken in der Schweiz einen Jahresgewinn erzielt. Die Gewinne summierten sich auf CHF 11,8 Mrd. Die Verluste der unprofitablen Institute erhöhten sich leicht um CHF 0,1 Mrd. auf CHF 3,9 Mrd. (+2,6 %). Die Banken entrichteten Steuern in der Höhe von CHF 2,3 Mrd. (+3,2 %).

Der aggregierte Geschäftserfolg belief sich 2016 auf CHF 62,5 Mrd. (-3,2 %). Innerhalb der Bilanzen trug der Erfolg aus dem Zinsgeschäft trotz des Niedrigzinsumfelds mit CHF 24,1 Mrd. den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei. Den stärksten Rückgang verzeichnete mit CHF 2,4 Mrd. (-27,9 %) das Handelsgeschäft. Der übrige ordentliche Erfolg legte erneut deutlich zu (+27,9 %).

2.1 Entwicklungen im Jahr 2016

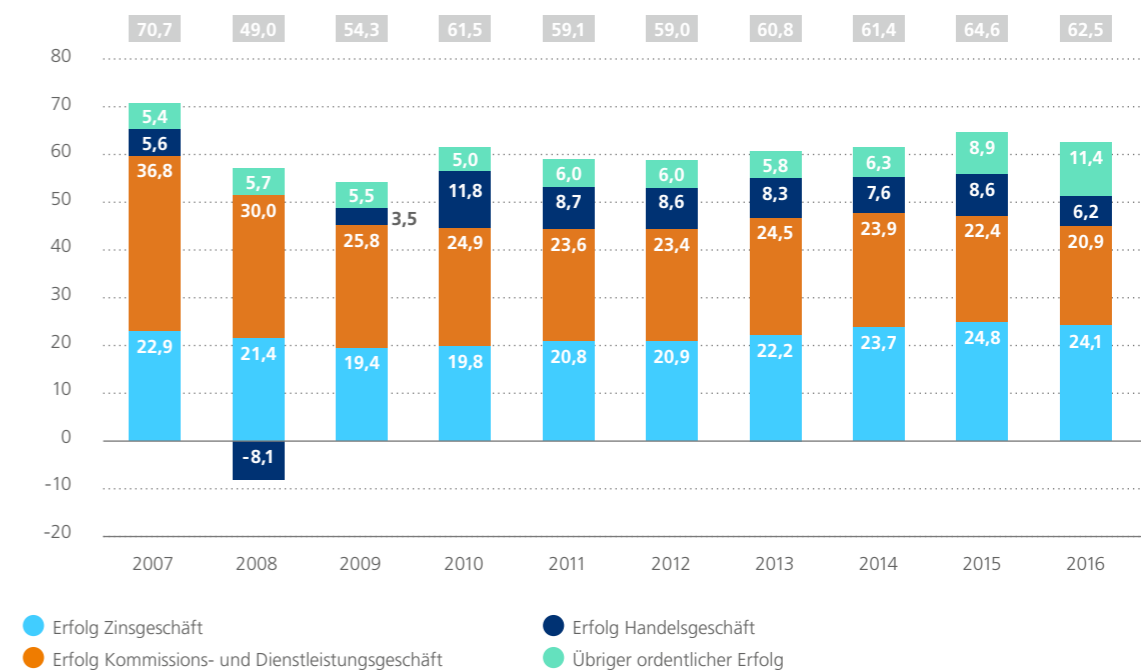
2.1.1 Geschäftserfolg nach Geschäftsbereichen

Der aggregierte Geschäftserfolg setzt sich aus den Erfolgen aus Zinsgeschäft, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Handelsgeschäft sowie dem übrigen ordentlichen Erfolg zusammen und ist 2016 um 3,2 Prozent auf CHF 62,5 Mrd. gesunken. Seit dem Jahr 2012 ist der Geschäftserfolg somit erstmalig wieder rückläufig. Rückblickend auf die letzten zehn Jahre verzeichnete der Geschäftserfolg einen Tiefstand im Jahr 2008 mit CHF 49,0 Mrd. Gegenüber dem Jahr 2008 hat der Geschäftserfolg um CHF 13,6 Mrd. (+27,8 %) zugelegt.

Abb. 3

Erfolg nach Geschäftsbereichen

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Das Zinsgeschäft steuert den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei

Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft trägt mit 38,6 Prozent den grössten Teil zum Geschäftserfolg im Jahr 2016 bei. Das Niedrigzinsumfeld erschwert das Zinsdifferenzgeschäft der Banken weiterhin. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft sank von CHF 24,8 Mrd. im Jahr 2015 auf CHF 24,1 Mrd. im Jahr 2016 (-2,7 %). Der negative Saldo ergibt sich aus einem annähernd gleich gebliebenen Zinsertrag und dem leicht gestiegenen Zinsaufwand: Der Anstieg des Zins- und Diskontertrags um CHF 644 Mio. wird durch die Rückgänge von Zins- und Dividendenertrag aus Finanzanlagen (-CHF 71 Mio.) und Zins- und Dividendenertrag aus Handelsbeständen (-CHF 575 Mio.) ausgeglichen. Der Zinsaufwand stieg um CHF 675 Mio. Ein Grund für den Anstieg des Zinsaufwands sind die Negativzinsen. Dies betrifft hauptsächlich die Grossbanken, da diese über die grössten Giro Guthaben bei der SNB verfügen. Die Banken in der Schweiz haben der SNB im vergangenen Jahr Negativzinsen in der Höhe von CHF 1'523,2 Mio. bezahlt.

Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft weiterhin abnehmend

Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft stellt mit 33,4 Prozent den zweitwichtigsten Posten am Gesamterfolg dar. Er ist 2016 erneut um 6,7 Prozent gesunken und beträgt aktuell CHF 20,9 Mrd. Der Rückgang ist auf die gesunkenen Kommissionserträge aus dem Wertschriften- und Anlagegeschäft zurückzuführen. Diese gingen von CHF 20,9 auf CHF 19,4 Mrd. zurück. Die Kommissionserträge aus dem Kreditgeschäft blieben unverändert bei CHF 1,9 Mrd. Die Kommissionen aus den übrigen Dienstleistungen (+CHF 0,2 Mrd. auf CHF 4,4 Mrd.) und der Aufwand für Kommissionen und Dienstleistungen (+CHF 0,1 Mrd. auf CHF 4,8 Mrd.) veränderten sich nur geringfügig.

Das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft ist seit dem Jahr 2008 rückläufig. Die Grossbanken und Auslandbanken sind am stärksten vom Rückgang betroffen. Zur Beurteilung des Rückgangs der Erträge aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft sind verschiedene Entwicklungen zu beachten. Zum einen wurden teilweise die Kommissionen aufgrund der Negativzinsen erhöht. Dieser Spielraum war aber aufgrund der weiter gestiegenen Preissensitivität der Anleger und dem damit verbundenen zunehmenden Margendruck begrenzt. Zusätzlich ist die Anzahl der Transaktionen zurückgegangen, wie beispielsweise die Entwicklung der Anzahl

der Börsengänge weltweit im Vergleich zum Jahr 2007 zeigt. Dies wirkt sich insgesamt negativ auf das Dienstleistungsgeschäft aus.

Handelsgeschäft abnehmend

Der Erfolg aus dem Handelsgeschäft sank im Jahr 2016 um CHF 2,4 Mrd. beziehungsweise 27,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und machte mit CHF 6,2 Mrd. 9,9 Prozent am Gesamterfolg aus. Der grösste Teil des Rückgangs (-CHF 2,3 Mrd.) entfiel auf die Grossbanken. Bei den Entwicklungen ist zu berücksichtigen, dass die Aufhebung des Mindestkurses durch die SNB im ersten Quartal 2015 zu einem überdurchschnittlich starken Anstieg der Handelsaktivitäten führte. Das Jahr 2016 war geprägt von wirtschaftlichen und geopolitischen Unsicherheiten, die eher zu einer Einschränkung der Handelsaktivitäten von Bankkunden führten, folglich sank der Handelsumsatz gegenüber dem Vorjahr.

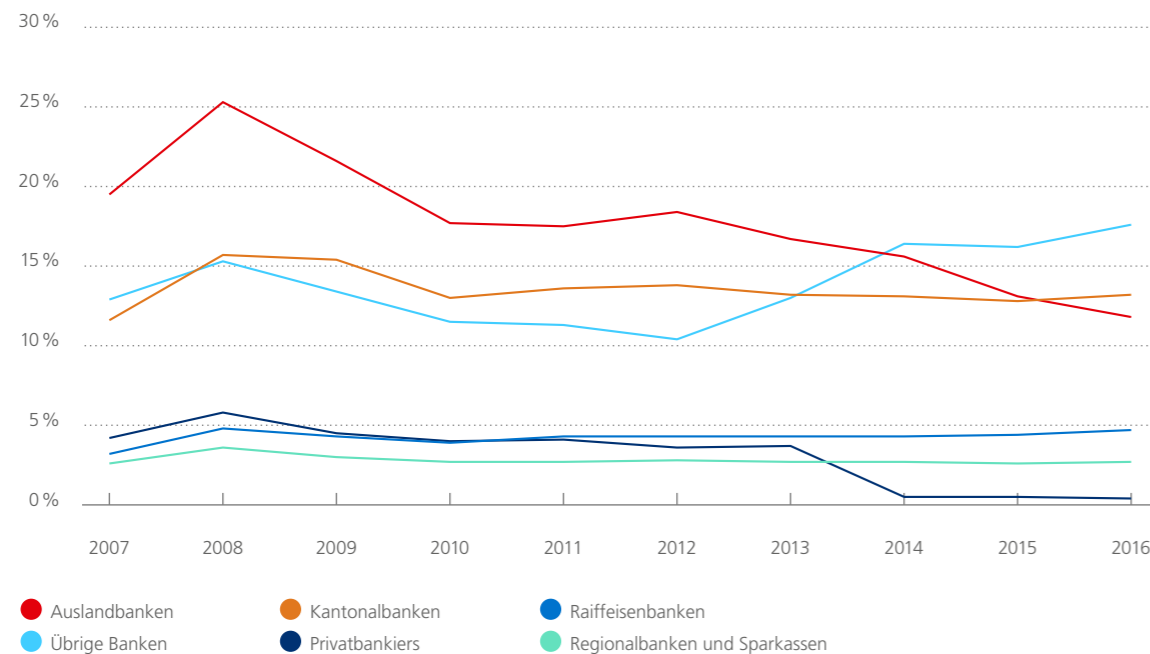
Anstieg des übrigen ordentlichen Erfolgs

Der übrige ordentliche Erfolg erhöhte sich um CHF 2,5 Mrd. auf CHF 11,4 Mrd. (+27,9 %) und machte damit 18,2 Prozent des Gesamterfolgs aus. Der erneute Anstieg ist hauptsächlich auf einen höheren Beteiligungsertrag (+CHF 1,0 Mrd. auf CHF 3,9 Mrd.) und einen gestiegenen «Anderen ordentlichen Ertrag» (+CHF 1,0 Mrd. auf CHF 7,4 Mrd.) zurückzuführen. Beide Positionen werden massgeblich von den Grossbanken geprägt. Für diese Zunahme dürften das im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr verbesserte konjunkturelle Umfeld in der Schweiz sowie die erfolgreiche Verarbeitung des Frankenschocks aus dem Jahr 2015 verantwortlich sein. Der Erfolg aus Veräusserungen von Finanzanlagen (+CHF 0,4 Mrd.) und der Liegenschaftserfolg (+CHF 0,8 Mrd.) veränderten sich nur geringfügig, während sich der «Andere ordentliche Aufwand» um CHF 0,3 Mrd. auf CHF 1,2 Mrd. reduzierte.

2.1.2 Geschäftserfolg nach Bankengruppen

Die Kantonalbanken (+0,3 %), Raiffeisenbanken (+3,2 %) sowie übrige Banken (+5,2 %), bestehend aus den Gruppen «Andere Banken» und Börsenbanken, konnten ihren Geschäftserfolg gegenüber dem Vorjahr steigern. Bei den Bankengruppen Grossbanken (-4,9 %), Regionalbanken und Sparkassen (-0,6 %), Auslandbanken (-12,8 %) und Privatbankiers (-16,2 %) ist der Geschäftserfolg gesunken.

Abb. 4

Erfolg nach Bankengruppen (ausgenommen Grossbanken)¹⁴

Quelle: SNB

Trotz der unterschiedlichen Entwicklung des Geschäftserfolgs haben sich die Erfolgsanteile der Bankengruppen gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Kantonalkassen verzeichneten einen Anstieg auf 13,2 Prozent (+0,4 %), ebenso die übrigen Banken und die Raiffeisenbanken, welche ihren Anteil von 16,2 Prozent auf 17,6 Prozent und von 4,4 Prozent auf 4,7 Prozent ausbauten. Der Anteil der Grossbanken sank hingegen von 50,5 Prozent auf 49,6 Prozent. Rückläufig war ebenfalls der Anteil der Auslandbanken von 13,1 auf 11,8 Prozent. Die Anteile der Regionalbanken und Sparkassen sowie der Privatbankiers veränderten sich nur geringfügig.

¹⁴ Der Erfolgsanteil der Grossbanken liegt seit 2009 zwischen 46 und 51 Prozent und ist damit wesentlich höher als die Anteile der verbleibenden Bankengruppen. Um die Entwicklung der verbleibenden Bankengruppen besser aufzeigen zu können, wird die Entwicklung der Anteile der Grossbanken in der Abbildung nicht dargestellt.

Seit dem Jahr 2012 stieg der Anteil der übrigen Banken am Gesamterfolg von 10,4 Prozent auf 17,6 Prozent an. Auch die Grossbanken konnten ihren Anteil am Gesamterfolg in diesem Zeitraum von 46,8 Prozent auf 49,6 Prozent ausbauen (nicht abgebildet). Die Anteile der Privatbankiers und Auslandbanken sanken seit 2012 von 3,6 Prozent auf 0,4 Prozent und von 18,4 Prozent auf 11,8 Prozent. Der Rückgang bei den Privatbankiers hat mit der Änderung der Rechtsstruktur von Instituten seit dem Jahr 2014 zu tun. Diese Institute werden dadurch unter den Börsenbanken geführt, weshalb es zu Strukturbrüchen in den Statistiken der Bankengruppen «Privatbankiers» und «Börsenbanken» gekommen ist. Der Rückgang bei den Auslandbanken ist ein internationales Phänomen. Im Rahmen von Umstrukturierungen reduzieren Banken ihre internationalen Aktivitäten auf ausgewählte Geschäftsbereiche. Die Anteile der verbleibenden Bankengruppen haben sich hingegen nur geringfügig verändert.

2.1.3 Jahresgewinn und Steuern

Der Bruttogewinn aus der Geschäftstätigkeit der Banken in der Schweiz nahm 2016 um CHF 3,3 Mrd. (-16,8 %) ab und summierte sich auf CHF 16,5 Mrd. Der Rückgang ist dem sinkenden Geschäftserfolg (-CHF 2,1 Mrd.) und dem gleichzeitigen Anstieg des Geschäftsaufwandes (+CHF 1,2 Mrd.) zuzuordnen.

Im Jahr 2016 haben 226 der insgesamt 261 Banken in der Schweiz einen Jahresgewinn¹⁵ erzielt. Deren Jahresgewinne summierten sich auf CHF 11,8 Mrd. und waren somit CHF 7,8 Mrd. niedriger als im Jahr zuvor (-39,8 %). Bei der Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass die hohen ausserordentlichen Erträge einer Grossbank aufgrund eines konzerninternen Beteiligungsverkaufs in der Höhe von CHF 10,7 Mrd. einen grossen Einfluss auf das Ergebnis im Vorjahr hatten. Der Gewinn im Jahr 2016 liegt über dem Gewinn im Jahr 2014 (CHF 7,4 Mrd.), aber unter dem Gewinn im Jahr 2013 (CHF 10,5 Mrd.). Trotz des Rückgangs des Gewinns gegenüber dem Vorjahr fielen die Ertrags- und Gewinnsteuern mit CHF 2,3 Mrd. um 3,2 Prozent

¹⁵ Der Jahresgewinn resultiert aus Bruttogewinn abzüglich «Abschreibungen auf dem Anlagevermögen», «Wertberichtigungen, Rückstellungen und Verluste», «ausserordentlicher Aufwand», «Steuern» und zuzüglich dem «ausserordentlichen Ertrag».

höher aus.¹⁶ Die Verluste der unprofitablen Institute erhöhten sich leicht um CHF 0,1 Mrd. auf CHF 3,9 Mrd. (+2,6 %).

2.2 Entwicklungen im Jahr 2017

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für das Jahr 2017 ein globales Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent.¹⁷ Insbesondere in Europa hat sich die Lage nach den Wahlen in Frankreich verbessert. In den USA und in China hat sich die positive wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2017 stabilisiert. Trotz weiterhin bestehender geopolitischer Unsicherheiten und protektionistischer Bestrebungen haben die politischen Risiken generell abgenommen. Die Wirtschaftsakteure können die bestehenden Unsicherheiten, wie beispielsweise die anstehenden Brexit-Verhandlungen, besser einschätzen. Zudem nahmen die positiven Entwicklungen in der EU etwas Druck vom Schweizer Franken und führten zu einer Stärkung des Euros im ersten Halbjahr 2017.

Angesichts der Entwicklung der internationalen Konjunktur sind die Aussichten für die Schweizer Wirtschaft für das laufende Jahr verhalten positiv. Die SNB rechnet für 2017 mit einem Wachstum von rund 1,5 Prozent. Wegen bestehenden Unsicherheiten und der damit verbundenen Risiken für das weltweite Wachstum bleibt die Geldpolitik weiter expansiv. Dies wird beispielsweise illustriert durch die Zunahme der Bilanzsumme der SNB auf CHF 774,9 Mrd. im ersten Halbjahr 2017 sowie der Zunahme der Zahlung der Negativzinsen an die SNB auf CHF 970,3 Mio. (+CHF 278,4 Mio. gegenüber der Vorjahresperiode).

¹⁶ Vermutlich sind die Steuern im Jahr 2016 trotz des niedrigeren Jahresgewinns höher als 2015, da ein massgeblicher Anteil der Gewinne im Vorjahr durch die hohen ausserordentlichen Erträge einer Grossbank aufgrund eines konzerninternen Beteiligungsverkaufs in der Höhe von CHF 10,7 Mrd. verursacht wurden. Dafür gelten besondere Regeln für die Besteuerung.

¹⁷ World Economic Outlook.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer positiven Stimmung an den Börsen. Der Handelsumsatz betrug im ersten Halbjahr 2017 CHF 723,6 Mrd., was einer Steigerung von 5,3 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode entspricht.¹⁸ Neben den Handelsumsätzen stieg auch die Zahl der IPOs weltweit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 772 (+70,0 %). Rückblickend handelt es sich um das stärkste erste Halbjahr seit 2007, damals wurden im ersten Halbjahr 941 IPOs durchgeführt.¹⁹ Dies deutet darauf hin, dass die Banken den Erfolg aus dem Handelsgeschäft im laufenden Jahr gegenüber dem Jahr 2016 erheblich steigern dürften.

¹⁸ SIX (2017).

¹⁹ EY (2017).

3 Bilanzgeschäft

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2016 um CHF 74,7 Mrd. auf CHF 3'100,8 Mrd. Die Währungsinterventionen der SNB wirken sich auf die Zusammensetzung der Aktiven der Geschäftsbanken aus. Die Giro Guthaben der Banken bei der SNB steigen seit der Einführung des Mindestkurses im Herbst 2011 kontinuierlich an. Auch seit der Einführung der Negativzinsen und der Aufhebung des Euro-Mindestkurses erfüllen die Banken in der Schweiz ihre Funktion als Kreditgeber und Finanzierungspartner vollumfänglich.²⁰

3.1 Entwicklungen im Jahr 2016

3.1.1 Entwicklung der Bilanzen

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2016 von CHF 3'026,2 Mrd. auf CHF 3'100,8 Mrd. (+2,5 %). Die Grossbanken legten gegenüber dem Vorjahr mit CHF 30,6 Mrd. am stärksten zu, gefolgt von den Börsenbanken (+CHF 16,2 Mrd.), den Kantonalbanken (+CHF 15,8 Mrd.) und den Raiffeisenbanken (+CHF 12,9 Mrd.). Den stärksten Rückgang verzeichneten die

²⁰ SECO (2017).

Auslandbanken (-CHF 10,2 Mrd.), ebenfalls gesunken ist die Bilanzsumme der Privatbankiers (-CHF 0,8 Mrd.).

Abb. 5

Bilanzsumme nach Bankengruppen

In Mrd. CHF	Bilanzsumme		Veränderung	Anteile 2016
	2015	2016		
Grossbanken	1'424,2	1'454,8	2,1 %	46,9 %
Kantonalbanken	537,4	553,2	2,9 %	17,8 %
Auslandbanken	333,7	323,5	-3,0 %	10,4 %
Börsenbanken	210,1	226,3	7,7 %	7,3 %
Raiffeisenbanken	202,4	215,3	6,3 %	6,9 %
Andere Banken	198,6	205,7	3,6 %	6,6 %
Regionalbanken u. Sparkassen	113,1	116,1	2,7 %	3,7 %
Privatbankiers	6,7	5,9	-11,9 %	0,2 %
Total	3'026,2	3'100,8	2,5 %	100,0 %

Quelle: SNB

Hypothekarforderungen nehmen die grösste Aktivposition ein

Die in- und ausländischen Hypothekarforderungen erhöhten sich 2016 gegenüber dem Vorjahr von CHF 943,2 Mrd. um CHF 24,3 Mrd. (+2,6 %) auf CHF 967,5 Mrd. Damit blieben die Hypothekarforderungen auch 2016 mit einem Anteil von rund 31,2 Prozent der bedeutendste Aktivposten der Banken in der Schweiz. Insbesondere die Kantonalbanken (+4,3 % auf CHF 343,5 Mrd.) und die Raiffeisenbanken (+4,3 % auf CHF 164,9 Mrd.) verzeichneten einen deutlichen Anstieg.

Weitere Abnahme der Forderungen gegenüber Kunden

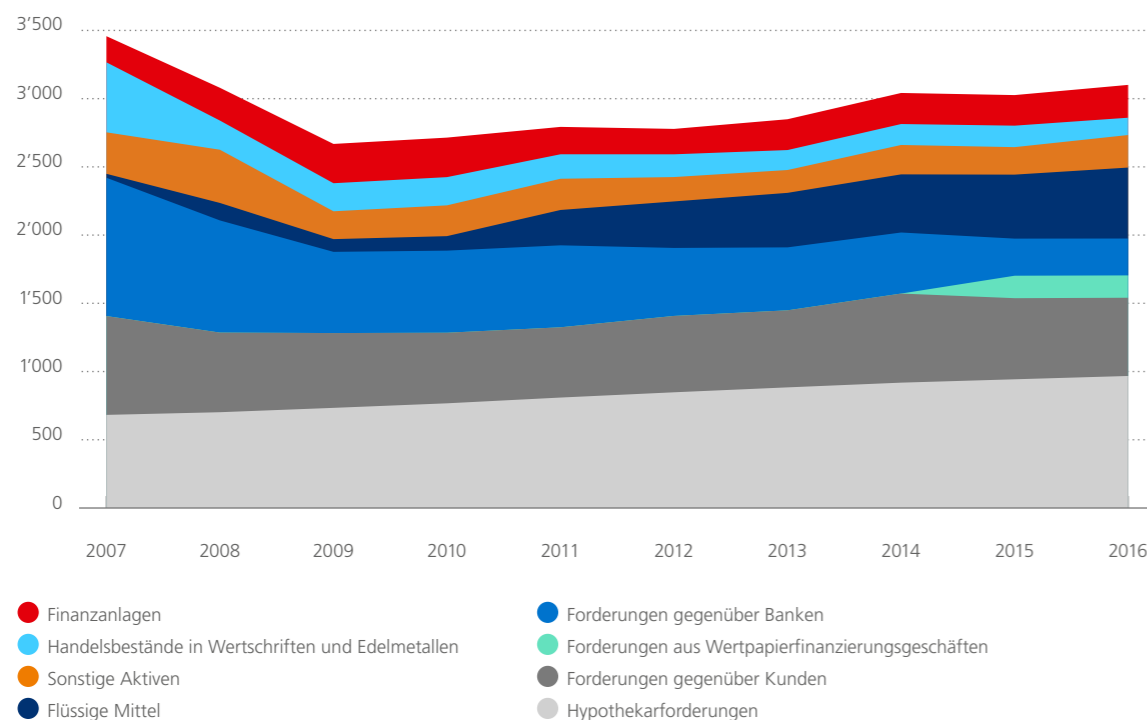
Mit einem Anteil von 18,5 Prozent an den gesamten Aktiven stellten die Forderungen gegenüber Kunden den zweitgrössten Posten dar. Die Forderungen reduzierten sich 2016 um CHF 21,1 Mrd. (-3,5 %) auf CHF 573,3 Mrd. Die Reduktion ist auf einen Rückgang der Forderungen gegenüber Kunden im Ausland um CHF 27,5 Mrd.

auf CHF 415,1 Mrd. zurückzuführen und ist hauptsächlich den Grossbanken zuzuordnen (-CHF 27,2 Mrd.). Die Forderungen gegenüber Kunden im Inland sind um CHF 6,5 Mrd. auf CHF 158,2 Mrd. gestiegen.

Abb. 6

Zusammensetzung der Aktiven

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Zunahme der flüssigen Mittel

Die flüssigen Mittel nahmen um CHF 51,1 Mrd. auf CHF 520,0 Mrd. zu (+10,9%). Dies ist wie im Vorjahr auf einen Anstieg der Bestände im Inland um CHF 61,5 Mrd. auf CHF 460,4 Mrd. zurückzuführen. Die Bestände im Ausland sanken um CHF 10,3 Mrd. auf CHF 59,6 Mrd. Der Anstieg der Bestände im Inland hängt hauptsächlich mit den Devisenkäufen der SNB und den gestiegenen Giroguthaben der Banken bei der SNB (+CHF 60,6 Mrd. auf CHF 447,0 Mrd.) zusammen.

Anstieg der Finanzanlagen

Die Bilanzposition Finanzanlagen nahm gegenüber dem Vorjahr um CHF 16,4 Mrd. (+7,3 %) zu. Dies trifft sowohl auf die inländischen (+CHF 7,3 Mrd.) als auch die ausländischen Finanzanlagen (+CHF 9,1 Mrd.) zu. Insbesondere die Finanzanlagen der Grossbanken (+CHF 15,7 Mrd. auf CHF 68,9 Mrd.) und der Bankengruppe «Andere Banken» (+CHF 4,5 Mrd. auf CHF 64,5 Mrd.) erhöhten sich. Den stärksten Rückgang verzeichneten die Börsenbanken (-CHF 4,0 Mrd. auf CHF 45,7 Mrd.).

Erneuter Rückgang bei Handelsbeständen in Wertschriften und Edelmetallen

Die Position Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr erneut um CHF 30,6 Mrd. (-19,4 %) auf CHF 127,0 Mrd. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass die Banken die Wirksamkeit ihres Ressourcenmanagements erhöht haben und das Handelsgeschäft aufgrund geringerer Kundenaktivität insgesamt rückläufig ist.

Grundlegende Veränderungen bei der Zusammensetzung der Aktiven seit 2007

Die Zusammensetzung der Aktiven hat sich zwischen 2007 und 2016 markant verändert. Die flüssigen Mittel verzeichneten zwischen 2007 und 2016 eine enorme Zunahme. Während deren Bestand 2007 bei CHF 28,9 Mrd. lag, umfasste er per Ende 2016 CHF 520,0 Mrd. Zur starken Zunahme trugen mehrere Faktoren bei: Zum einen waren die Interventionen der SNB zur Bekämpfung der Frankenstärke ausschlaggebend, da die SNB beim Verkauf von ausländischen Devisen den Gegenwert in Schweizer Franken den Girokonten der Gegenpartei gutschreibt. Ausserdem waren durch die niedrigen Zinsen die Opportunitätskosten der Liquiditätshaltung gering, weshalb die Banken viel Liquidität auf den Girokonten bei der SNB deponierten. Die Banken haben ihre Giroguthaben bei der SNB von rund CHF 12 Mrd. im Jahr 2007 auf CHF 447 Mrd. im Jahr 2016 trotz Negativzinsen ausgedehnt.

Kontinuierlich zugenommen haben zwischen 2007 und 2016 auch die in- und ausländischen Hypothekarforderungen (+41,8 %, von CHF 682,3 Mrd. auf CHF 967,5 Mrd.). Ihr Anteil an den gesamten Aktiven hat sich von 19,7 Prozent (per Ende 2007) auf 31,2 Prozent per Ende 2016 erhöht. Grund dafür sind ebenfalls die anhaltend niedrigen Zinsen sowie die damit verbundene hohe Nachfrage nach Immobilien, deren Dynamik jedoch auch im Jahr 2016 etwas nachgelassen

hat. Die Forderungen gegenüber Banken machten 2007 29,3 Prozent gemessen an den Gesamtaktiven aus. 2016 lag der Anteil noch bei 8,7 Prozent (2007: CHF 1'013,6 Mrd., 2016: CHF 270,3 Mrd.). Diese Reduktion ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Banken diese Bilanzposition bewusst abbauten, um damit die Verflechtungen mit anderen Banken zu reduzieren. Diese Entwicklung ist auch auf die in der Regulierung geforderte höhere Eigenkapitalquote zurückzuführen. Im Zeitraum von 2007 bis 2016 verzeichneten die Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen eine Abnahme um 75,2 Prozent (2007: CHF 513,1 Mrd., 2016: CHF 127,0 Mrd.). Ihr Anteil an den Gesamtaktiven ist von 14,8 Prozent auf 4,1 Prozent gefallen. Diese stetige Reduktion spiegelt die anhaltenden strategischen Bemühungen der Banken, ihre risikogewichteten Aktiva zu reduzieren, wider.

Anstieg der Verpflichtungen aus Kundeneinlagen

Die Bilanzposition Verpflichtung aus Kundeneinlagen, welche die Positionen Sichteinlagen, Termineinlagen und übrige Verpflichtungen aus Kundeneinlagen umfasst, verzeichnete 2016 einen Anstieg um CHF 47,4 Mrd. (+2,7 %) auf CHF 1'770,6 Mrd. Die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen umfassten per Ende 2016 57,1 Prozent der Bilanzsumme. Die Sichteinlagen sind um CHF 38,1 Mrd. (+4,5 %) auf CHF 895 Mrd. gestiegen und machten mit 28,9 Prozent den grössten Anteil unter den Passiven aus. Zusätzlich zu den Sichteinlagen sind auch die Termineinlagen um CHF 21,6 Mrd. (+12,0 %) auf CHF 202,4 Mrd. gestiegen. Die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen sind hingegen um CHF 12,5 Mrd. (-1,8 %) zurückgegangen.

Anstieg der eigenen Mittel

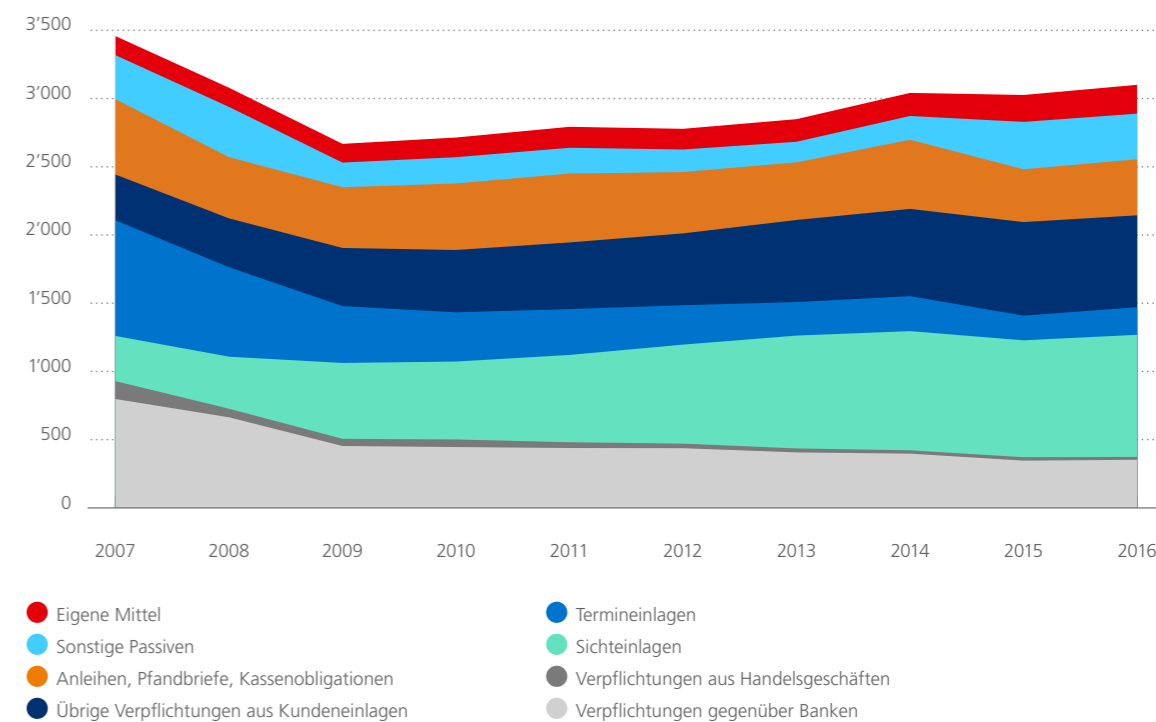
Die eigenen Mittel verzeichneten 2016 einen Anstieg von CHF 14,0 Mrd. (+7,1 %) auf CHF 211,2 Mrd. Die eigenen Mittel sind seit dem Jahr 2015 als die Summe aus Gesellschaftskapital, gesetzliche Kapitalreserve, gesetzliche Gewinnreserve, freiwillige Gewinnreserve, eigene Kapitalanteile (Minusposition) und Gewinn-/Verlustvortrag definiert.



Abb. 7

Zusammensetzung der Passiven

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Verpflichtungen aus Handelsgeschäften sinken

Die Verpflichtungen aus dem Handelsgeschäft gingen um CHF 4,2 Mrd. (-16,7 %) auf CHF 21,1 Mrd. zurück. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass das Handelsgeschäft insgesamt rückläufig ist.

Zunahme bei Anleihen, Pfandbriefen und Kassenobligationen

Die Bilanzposition «Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen» stieg um CHF 24,3 Mrd. (+6,3 %) an. Die Zunahme ist auf einen Anstieg bei «Anleihen und Pfandbriefdarlehen» um CHF 26,0 Mrd. zurückzuführen und ist insbesondere den Grossbanken (+CHF 14,5 Mrd.) und Kantonalbanken (+CHF 8,0 Mrd.) zuzuordnen.

Zusammensetzung der Passiven über die Zeit

Die Verpflichtungen gegenüber Banken stellten 2007 mit 23,1 Prozent anteilmässig noch den zweitgrössten Passivposten dar, haben seither aber um 55,8 Prozent beziehungsweise um CHF 445,7 Mrd. auf CHF 352,6 Mrd. abgenommen. Dies zeigt, dass die Bankenverflechtungen – insbesondere im Inland – abgenommen haben. Die Umschichtungen hin zu Sichteinlagen sind in Abbildung 7 ersichtlich. Sie nahmen zwischen 2007 und 2016 von CHF 331,3 Mrd. auf CHF 895,0 Mrd. zu. Der Anteil der Sichteinlagen an den Gesamtpassiven stieg von 9,6 Prozent im Jahr 2007 auf 28,9 Prozent im Jahr 2016. Damit stellten sie per Ende 2016 die grösste Passivposition dar. Gleichzeitig sank der Anteil der Termineinlagen von 24,5 Prozent im Jahr 2007 auf 6,5 Prozent im Jahr 2016. Im Niedrigzinsumfeld der geldpolitischen Expansion verlieren Termineinlagen gegenüber Sichteinlagen an Attraktivität und werden entsprechend umgeschichtet.

3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts

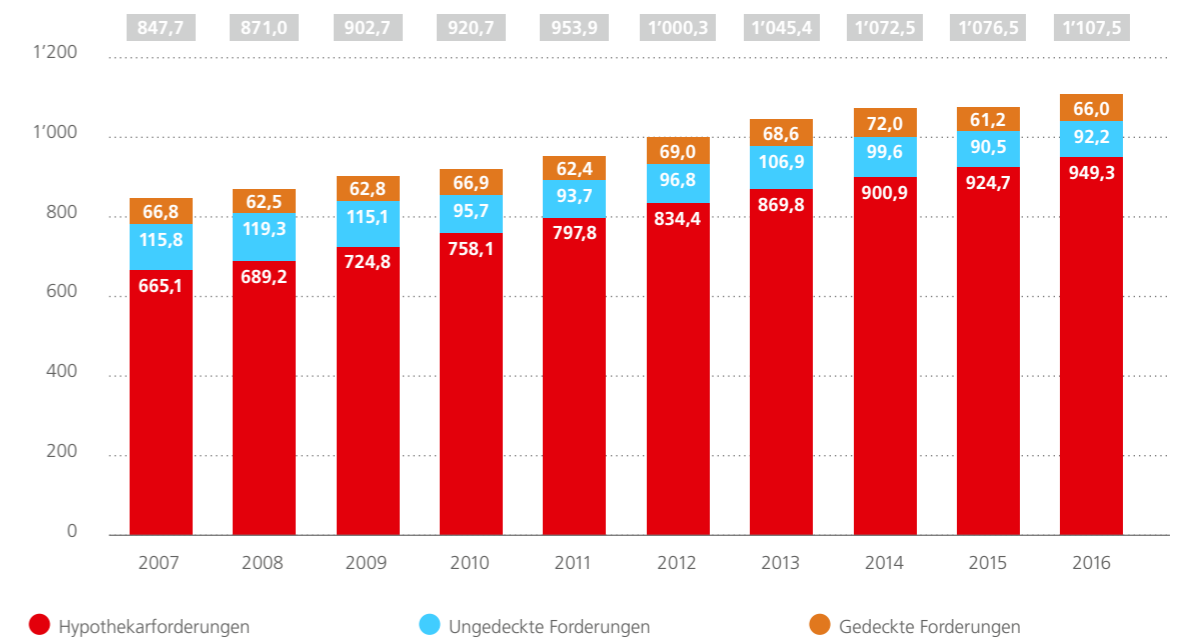
Das ausstehende inländische Kreditvolumen betrug im Jahr 2016 CHF 1'107,5 Mrd. Davon stammten CHF 158,2 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden (Unternehmen, öffentliche Körperschaften und Konsumkredite) und CHF 949,3 Mrd. aus Hypothekarforderungen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2016 um 2,9 Prozent zu. Das Wachstum der inländischen Hypothekarkredite fiel 2016 mit 2,7 Prozent leicht höher aus als im Jahr zuvor (2015: +2,6 %). Die Hypothekarforderungen haben seit 2007 um CHF 284,2 Mrd. (+42,7 %) zugelegt und ihr Anteil am inländischen Kreditvolumen ist von 79,5 Prozent auf 85,7 Prozent angewachsen. Die Hypothekarforderungen stellen somit kontinuierlich den grössten Anteil am Kreditvolumen. Die ungedeckten Forderungen (+1,8 %) und die gedeckten Forderungen (+7,7 %) haben gegenüber dem Vorjahr zugelegt.



Abb. 8

Entwicklung des inländischen Kreditvolumens

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Private beanspruchen 2016 drei Viertel der Hypothekarforderungen

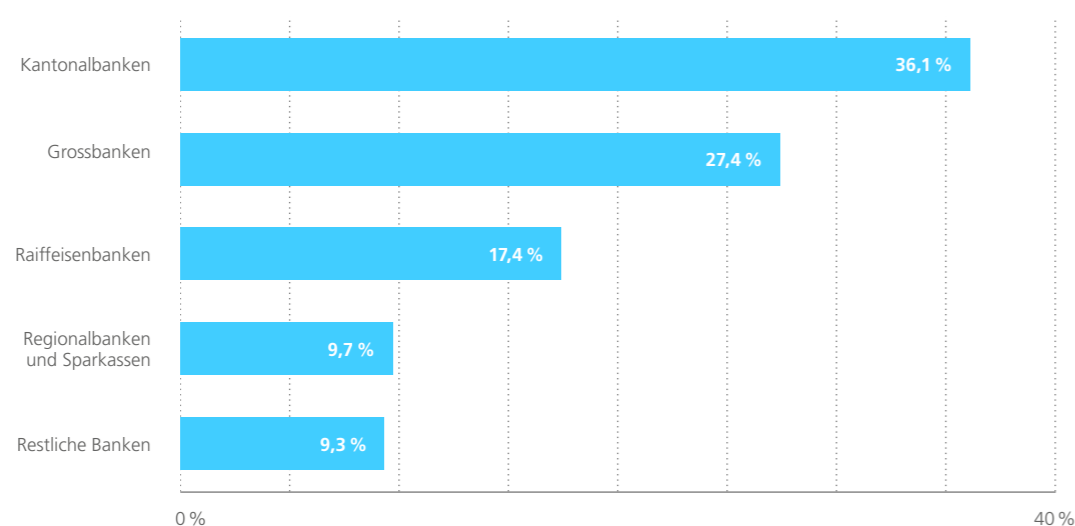
Die gesamthaft ausstehenden Hypothekarkredite erhöhten sich im Jahr 2016 um 2,6 Prozent auf CHF 967,5 Mrd. Die grosse Mehrheit davon (CHF 949,3 Mrd.) stammte von inländischen Kunden. Wiederum 75 Prozent davon waren Hypotheken, die an private Haushalte vergeben wurden. Der Anteil der festverzinslichen Hypothekarkredite an den ausstehenden Hypothekarkrediten betrug im Jahr 2016 79 Prozent. Der durchschnittliche Zinssatz der ausstehenden inländischen Hypothekarforderungen sank im Jahr 2016 nochmals von 1,8 auf 1,6 Prozent. Auch im Jahr 2016 hat sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend fortgesetzt, dass Hypothekarforderungen mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Nach 12,4 Prozent im Jahr 2008 betrug der entsprechende Anteil 2016 26,4 Prozent.

Kantonalbanken halten den grössten Anteil am inländischen Hypothekarmarkt

Der Marktanteil der Kantonalbanken am inländischen Hypothekarkreditvolumen betrug Ende 2016 etwas mehr als ein Drittel. Dahinter folgten die Grossbanken mit 27,4 Prozent (siehe Abbildung 9). Über die letzten Jahre sind vor allem die Marktanteile im inländischen Hypothekarkreditmarkt der Grossbanken sowie der Regionalbanken und Sparkassen weniger stark gewachsen, während die restlichen Banken Marktanteile gewonnen haben.

Abb. 9

Marktanteile am inländischen Hypothekarkreditmarkt 2016



Quelle: SNB

Hypothekarkredite im ersten Rang deutlich stärkste Belehnungsgruppe

Aufgegliedert nach Belehnungsgruppen betrug der Anteil der inländischen Hypothekarforderungen im ersten Rang im Jahr 2016 92,4 Prozent. Die Belehnungsgruppe «erster Rang» umfasst Hypothekarforderungen bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes der jeweiligen Immobilie. Dieser Wert lag im Vorjahr bei 92,2 Prozent. Zwischen den verschiedenen Bankengruppen können dabei keine relevanten Unterschiede festgestellt werden. Der hohe Anteil des Hypothekarkreditvolumens

im ersten Rang dürfte zum einen auf eine vorsichtige Vergabe im Bereich der Hypothekarkredite und zum anderen auf eine verstärkte Amortisierung der Hypotheken in der zweiten Belehnungsgruppe hindeuten.

Laut dem Stabilitätsbericht der SNB stehen die inlandorientierten Banken auf einem soliden Fundament. In den letzten Jahren wuchs bei den Banken das anrechenbare Kapital deutlich schneller als die risikogewichteten Aktiven. Dies führte zu risikogewichteten Kapitalquoten, die deutlich über den regulatorischen Mindestanforderungen liegen.²¹

Sinkende Nachfrage nach Konsumkrediten

Konsumkredite haben in der Schweiz nach wie vor eine relativ geringe Bedeutung. Insgesamt waren per Ende 2016 446'429 Kredite mit einem Volumen von CHF 5,5 Mrd. ausstehend. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Abnahme des Volumens um 25,9 Prozent.

3.2 Entwicklungen im Jahr 2017

Anstieg der Bilanzsumme

Die aggregierte Bilanzsumme der Banken in der Schweiz ist in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 um Mrd. 26,4 CHF (+0,8 %) gestiegen (Dezember 2016: CHF 3'205,8 Mrd. auf Mai 2017: CHF 3'232,2 Mrd.).²² Damit hat sich der Aufwärtstrend aus dem Jahr 2016 auch im Jahr 2017 fortgesetzt.

Handelsgeschäft steigt deutlich

Am stärksten angestiegen sind das Handelsgeschäft und die Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Das Handelsgeschäft stieg um CHF 21,7 Mrd. (+18,3 %) und die Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften um CHF 17,4 Mrd. (+10,5 %). Die Anstiege sind darauf zurückzuführen, dass der Handelsumsatz im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugelegt hat. Hier zeigen sich die Auswirkungen der moderat positiven Entwicklung der Wirtschaft sowie die verhalten gute Stimmung an den Börsen. Ebenfalls zugelegt haben

²¹ Bericht zur Finanzstabilität der SNB (2017).

²² Die monatlichen Zahlen beruhen auf Teilerhebungen der SNB und können dadurch von der Jahresendstatistik, die auf einer Vollerhebung beruht, abweichen.

die Hypothekarforderungen um CHF 11,6 Mrd. (+1,2 %) sowie die Forderungen gegenüber Kunden um CHF 7,3 Mrd. (+1,3 %). Die Finanzanlagen haben hingegen um CHF 16,6 Mrd. (-6,6 %), die Forderungen gegenüber Banken um CHF 13,2 Mrd. (-4,3 %) und die flüssigen Mittel um CHF 5,4 Mrd. (-1,0 %) abgenommen.

Verpflichtungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften steigen, Verpflichtungen gegenüber Banken sinken

Auf der Passivseite stiegen die Verpflichtungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften deutlich um CHF 27,0 Mrd. (+31,9 %). Es ist davon auszugehen, dass sowohl Repurchase-Geschäfte als auch Securities-Lending-Geschäfte mit steigender Handelsaktivität an den Börsen zugenommen haben und folglich die Bilanzposition stieg. Ebenfalls zugenommen haben die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen um CHF 12,1 Mrd. (+0,7 %) und die eigenen Mittel um CHF 2,0 Mrd. (+1,0 %). Die Sichteinlagen legten um CHF 2,4 Mrd. (+0,3 %) zu. Die Zunahme der Sichteinlagen liegt somit deutlich unter dem Anstieg im Vorjahr, damals legten die Sichteinlagen im gleichen Zeitraum um CHF 33,9 Mrd. (+3,8 %) zu. Dies dürfte auf verschiedenen Gründen zurückzuführen sein. So hat sich die allgemeine politische Unsicherheit im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016 reduziert und das Wachstum sowie die Investitionen haben sich erhöht. Gleichzeitig dürften sich die Auswirkungen der Negativzinsen zunehmend bemerkbar machen. Die Termineinlagen stiegen im ersten Halbjahr 2017 um CHF 10,0 Mrd. (+4,9 %) und damit in ähnlicher Höhe wie im ersten Halbjahr 2016. Die Verpflichtungen gegenüber Banken haben in den ersten fünf Monaten um CHF 14,6 Mrd. (-3,8 %) weiter abgenommen. Die Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen verzeichneten ebenfalls einen Rückgang von CHF 6,6 Mrd. (-1,6 %).

Moderater Anstieg bei Vergabe von Hypothekarkrediten

Die Hypothekarkredite nahmen in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres weiter zu. Sie sind um CHF 11,6 Mrd. (+1,2 %) auf CHF 959,6 Mrd. angestiegen. Die gedeckten Forderungen und ungedeckten Forderungen waren dagegen um CHF 0,7 Mrd. (-1,0 %) und CHF 1,1 Mrd. (-1,2 %) leicht rückläufig. Trotz der moderat positiven Entwicklung der Wirtschaft dürfte die Phase der tiefen Zinsen vorerst weiter andauern. Zusätzlich setzt sich der seit einiger Zeit zu beobachtende Trend fort, dass sich branchenfremde Akteure wie beispielsweise Versicherungen und Pensionskassen im Kreditmarkt positioniert haben und Kredite zu kompetitiven Zinsen anbieten. Aufgrund der günstigen Konditionen für Schuldner ist nicht zu erwarten, dass es im weiteren Verlauf des Jahres zu einer Trendumkehr bei der Kreditvergabe kommen wird.

4 Vermögensverwaltung

Die Banken in der Schweiz verwalteten per Ende 2016 insgesamt Vermögen in der Höhe von CHF 6'650,8 Mrd. Dies entspricht einer Zunahme von CHF 83,0 Mrd. (+1,3 %) gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil des ausländischen Kundenvermögens ging von 49,3 Prozent auf 48,2 Prozent zurück. Die Schweiz bleibt weiterhin Weltmarktführerin im grenzüberschreitenden Private Banking: Rund ein Viertel des weltweit grenzüberschreitend verwalteten Vermögens liegt in der Schweiz.

4.1 Entwicklungen im Jahr 2016

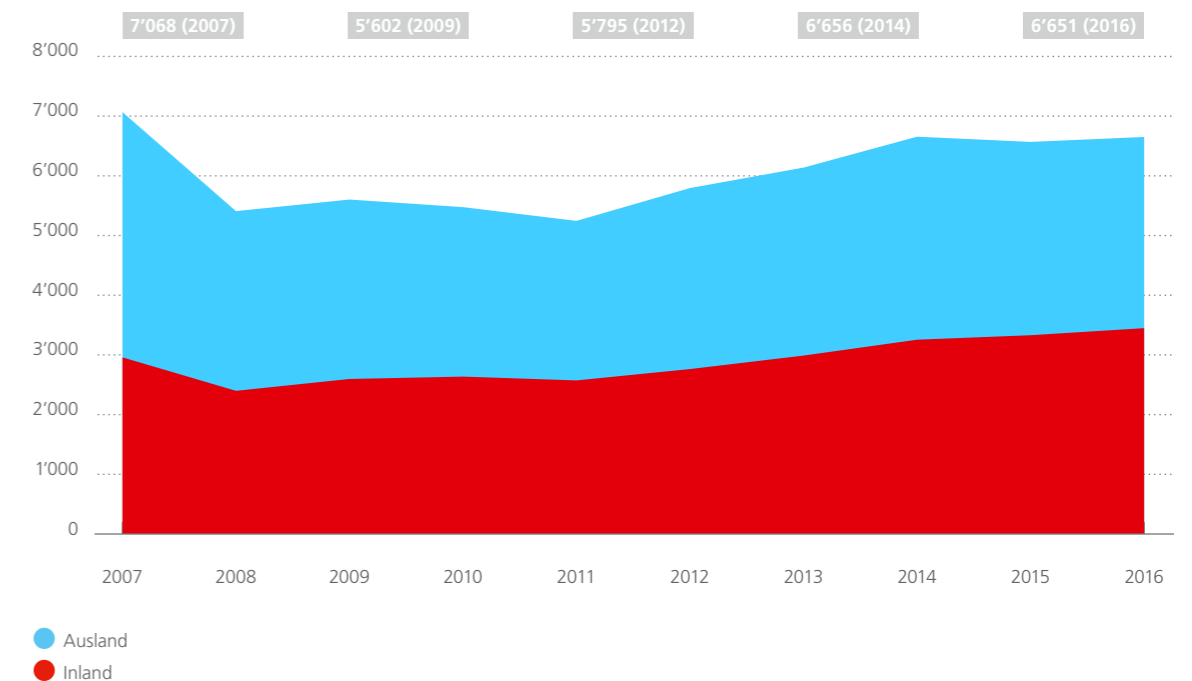
Das verwaltete Vermögen setzt sich zusammen aus den Wertschriftenbeständen in Kundendepots (2016: CHF 5'654,1 Mrd.), Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht (2016: CHF 875,6 Mrd.) sowie Treuhandverpflichtungen (2016: CHF 121,0 Mrd.). Die Banken in der Schweiz verwalteten per Ende 2016 insgesamt Vermögen in der Höhe von CHF 6'650,8 Mrd. (+1,3 %). Dies ist hauptsächlich auf

eine Zunahme der inländischen Kundenvermögen zurückzuführen, die gegenüber dem Vorjahr um CHF 119,0 Mrd. (+3,6 %) zunahm, während das ausländische Kundenvermögen um CHF 36,0 Mrd. (-1,1 %) stieg.

Abb. 10

In der Schweiz verwaltete Vermögen nach Herkunft der Kunden²³

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Bis kurz vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise verzeichneten die verwalteten Vermögen einen starken Anstieg und erreichten während der Börsenhausse 2007 mit CHF 7'068 Mrd. ihren Höhepunkt. Bei Ausbruch der Krise 2008 erlitten insbesondere die Wertschriftenbestände in Kundendepots der Banken aufgrund der

²³ Per Berichtsmonat November 2015 führte die SNB erstmals Erhebungen durch, die auf den revidierten Rechnungslegungsvorschriften für Banken (RVB) der Finma (RVB, FINMA-RS 15/01, vormals FINMA-RS 08/02) beruhen. Mit den RVB änderten sich Gliederung und Inhalt der Bilanzen und der Erfolgsrechnungen der Banken. Durch die Anpassungen werden die «verwalteten Vermögen» neu gebildet. Durch die Neubildung der Positionen für die Jahre 2006 bis 2014 kann es zu Abweichungen zu den bisher ausgewiesenen Werten kommen.

stark gesunkenen Börsenindizes grosse Verluste. Innert Jahresfrist führte dies zu einem drastischen Rückgang der verwalteten Vermögen um 23,5 Prozent auf CHF 5'408 Mrd. Die verwalteten Vermögen sind seit dem Jahr 2008 durch die Marktentwicklung um CHF 1'242,4 Mrd. (+23,0 %) gestiegen.

Der Vermögensanteil von ausländischen Kunden nahm zwischen 2007 und 2016 von 58,1 Prozent auf 48,2 Prozent ab. Der Rückgang der Vermögensanteile von ausländischen Kunden ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Zum einen ist der Währungseffekt zu nennen: Ausländische Kunden halten einen wesentlich höheren Anteil ihrer Vermögen in Euro und Dollar als inländische Kunden. Die Vermögensanteile werden auf Basis von Schweizer Franken berechnet. Wertet sich der Franken gegenüber anderen Währungen auf, sinkt automatisch das Vermögen der ausländischen Kunden in Relation zu den inländischen Kunden. Vermutlich bedeutender ist aber der Mengeneffekt zu beurteilen. Aufgrund der seit Jahren andauernden Bemühungen im Bereich der Steuertransparenz dürften viele ausländische Kunden ihre Vermögen zur Regularisierung ihrer Steuersituation verwendet und zumindest teilweise auch in ihre Heimatländer transferiert haben. Seit sich die Schweiz 2013 zum AIA bekannt hat, hat sich der Vermögensanteil von ausländischen Kunden nur geringfügig geändert.

Zunahme der Wertschriftenbestände

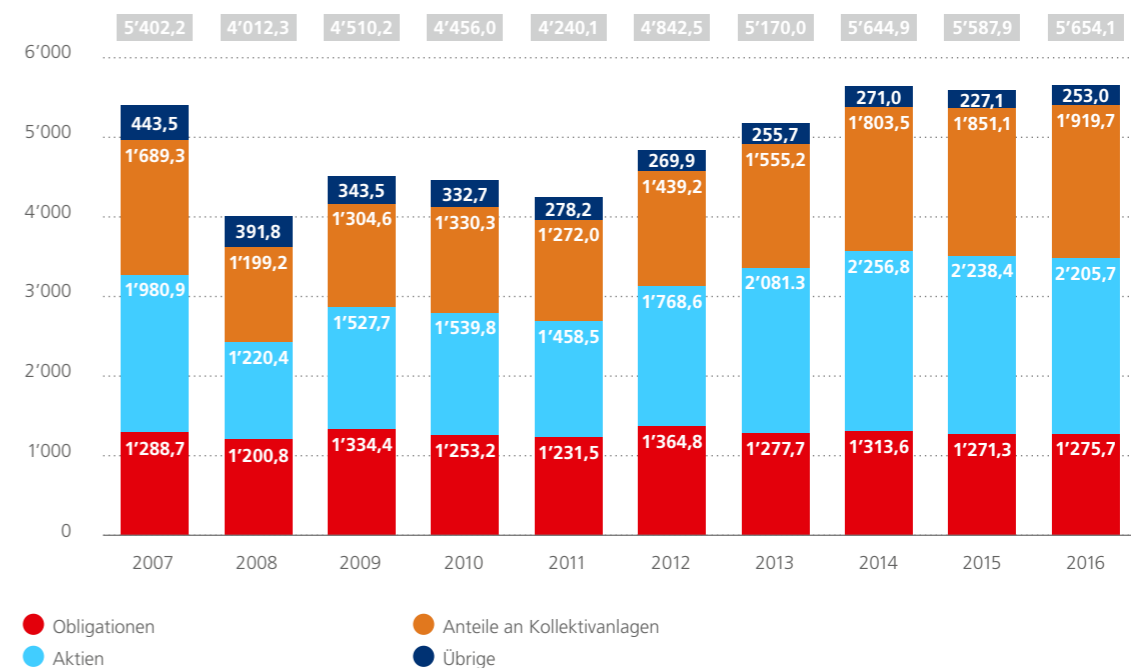
Die Wertschriftenbestände in Kundendepots stiegen im Jahr 2016 um CHF 66,2 Mrd. (+1,2 %) auf CHF 5'654,1 Mrd. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf eine Zunahme bei den Kollektivanlagen (+3,7 %) und bei den Obligationen (+0,3 %) zurückzuführen. Die in Euro gehaltenen Wertschriftenbestände haben von CHF 846 Mrd. im Jahr 2015 auf CHF 837,6 Mrd. im Jahr 2016 abgenommen. Die in Franken notierten Bestände haben im gleichen Zeitraum von CHF 2'918,6 Mrd. im Jahr 2015 auf CHF 2'920,6 Mrd. im Jahr 2016 leicht zugenommen. Die Wertschriftenbestände gliedern sich in die Kategorien Aktien (39,0 %), Kollektivanlagen (34,0 %), Obligationen (22,6 %) und «Übrige» (4,5 %). Die Entwicklung in diesen drei Kategorien verlief unterschiedlich.



Abb. 11

Wertschriftenbestände in Kundendepots nach Art

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Leichte Abnahme der Aktienbestände

Die Aktienbestände in den Kundendepots der Banken reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent. Per Ende 2016 beliefen sich die Aktienbestände auf CHF 2'205,7 Mrd. Aktien stellten mit einem Anteil von rund 39,0 Prozent die bedeutendste Position der Wertschriftenbestände dar.

Steigende Nachfrage nach kollektiven Kapitalanlagen

Die kollektiven Kapitalanlagen, hauptsächlich bestehend aus Anlagefonds, sind mit 34,0 Prozent die zweitgrösste Wertschriftenkategorie. Sie verzeichneten 2016 einen Anstieg um 3,7 Prozent auf CHF 1'919,7 Mrd.

Kaum veränderte Obligationenbestände

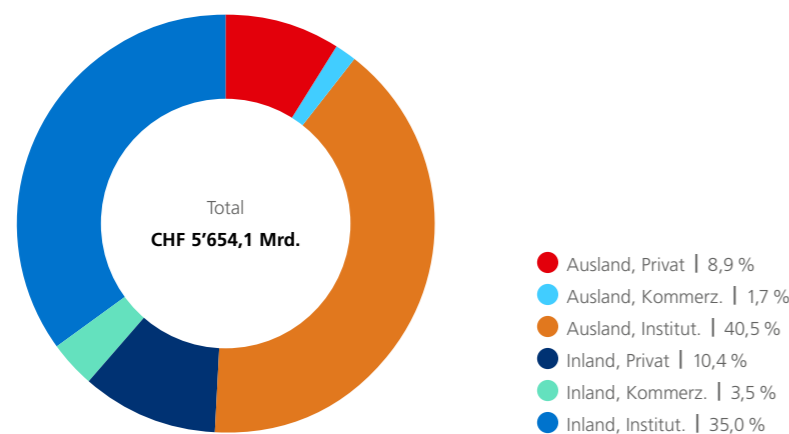
Die Bestände der Obligationen blieben annähernd unverändert. Sie verzeichneten 2016 lediglich eine leichte Zunahme von 0,3 Prozent auf CHF 1'275,7 Mrd. Dabei haben die Obligationenbestände der inländischen Kunden zugelegt (+1,3 %), während die Bestände der ausländischen Kunden abgenommen haben (-0,9 %). Obligationen stellten mit einem Anteil von 22,6 Prozent die drittgrösste Anlageklasse in Kundendepots dar.

Institutionelle Kunden halten grösste Depotbestände

Die institutionellen Kunden wiesen 2016 sowohl bei in- als auch bei ausländischen Kunden die grössten Depotbestände auf (35,0 % bzw. 40,5 % an den gesamten Depotbeständen). Darauf folgen in- und ausländische private Anleger mit vergleichbaren Anteilen (10,4 % bzw. 8,9 %). Während die Depotbestände bei den ausländischen Privatkunden um CHF 31,3 Mrd. abgenommen haben (-5,9 %), haben die von inländischen Privatkunden von CHF 573,2 Mrd. auf CHF 585,3 Mrd. zugenommen (+2,1 %).

Abb. 12

Depotbestände nach Kunden Ende 2016



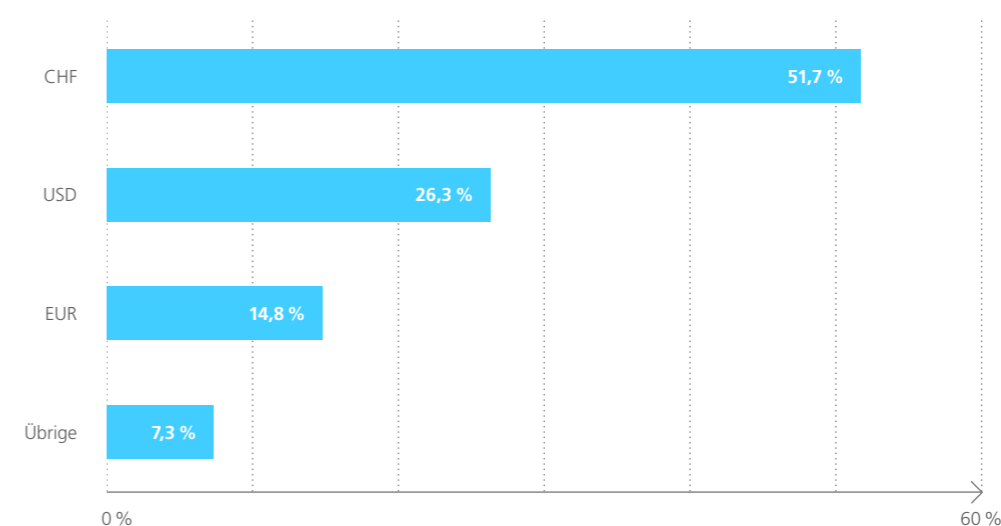
Quelle: SNB

Dollar-Anteil steigt, Euro-Anteil sinkt

Die Bedeutung des Euros als Anlagewährung hat 2016 weiter abgenommen. Der Anteil der Euro-Anlagen an den gesamten Wertschriftenbeständen reduzierte sich von 15,1 Prozent auf 14,8 Prozent im Jahr 2016. Im Jahr 2009 lag dieser Wert noch bei 25,0 Prozent. Die Depotbestände in US-Dollar sind gegenüber dem Vorjahr um CHF 95,8 Mrd. gestiegen, somit hat sich auch der Anteil von 24,9 Prozent auf 26,3 Prozent erhöht. Die mit Abstand bedeutendste Anlagewährung ist mit 51,7 Prozent der Schweizer Franken.

Abb. 13

Depotbestände nach Währungen Ende 2016



Quelle: SNB

Leichte Abnahme der Verpflichtungen in Spar- und Anlageform

Per Ende 2016 beliefen sich die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform auf CHF 673,2 Mrd. Dies entspricht einer Reduktion von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt 88,6 Prozent der Kundeneinlagen in Spar- und Anlageform stammten 2016 von inländischen Kunden. Zu diesen Geldern gehören unter anderem die Positionen Freizügigkeitskonten (2. Säule) und die gebundene Vorsorge (3. Säule).

Die Treuhandgelder steigen erstmals seit 2007 wieder an

Die von Banken in der Schweiz verwalteten Treuhandgelder stiegen im Jahr 2016 um CHF 6,9 Mrd. auf CHF 121,0 Mrd. (+6,1 %). Der grösste Teil dieser Zunahme (63 %) sind die Zuflüsse aus dem Ausland. Diese Entwicklung ist massgeblich bedingt durch einen Verbuchungseffekt bei der Umstrukturierung einer Grossbank. Dies ist der erste Anstieg der Treuhandgelder seit dem Jahr 2007. Im Jahr 2007 betrug die Summe der verwalteten Treuhandgelder noch CHF 482,9 Mrd. und nahm bis 2015 kontinuierlich bis auf CHF 114,0 Mrd. ab.

Der Anteil der Treuhandgelder an den gesamten verwalteten Vermögen hat mit zwei Prozent lediglich einen geringen Einfluss auf das Private Banking in der Schweiz.

4.2 Entwicklungen im Jahr 2017

Per Ende Mai 2017 verwalteten die Banken in der Schweiz Vermögen in der Höhe von CHF 6'871,4 Mrd., was gegenüber Dezember 2016 einer Zunahme um CHF 277,7 Mrd. (+4,2 %) entspricht (Dezember 2016: CHF 6'593,6 Mrd.).²⁴ Die Wertschriftenbestände sind um CHF 268,8 Mrd. (+4,8 %) von CHF 5'585,5 Mrd. auf CHF 5'854,4 Mrd. angestiegen. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht haben sich ebenfalls um CHF 9,8 Mrd. (+1,1 %) auf CHF 896,3 Mrd. erhöht. Die Treuhandverpflichtungen sind hingegen um CHF 0,9 Mrd. (-0,7 %) auf CHF 120,7 Mrd. leicht gesunken. Die Zunahme der verwalteten Vermögen ist auf die moderat positive wirtschaftliche Entwicklung sowie zu einem gewissen Teil auf einen Währungseffekt zurückzuführen. Der Euro hat gegenüber dem Schweizer Franken im ersten Halbjahr 2017 an Wert zugelegt. Dies führte zu einem Wertzuwachs der in Euro gehaltenen Vermögen.

²⁴ Die monatlichen Zahlen beruhen auf Teilerhebungen der SNB und können dadurch von der Jahresendstatistik, die auf einer Vollerhebung beruht, abweichen.

Schweiz bleibt die Nummer eins im grenzüberschreitenden Private Banking

Trotz verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen und des Niedrigzinsumfelds bleibt die Schweiz mit einem Marktanteil von 24,0 Prozent im globalen grenzüberschreitenden Private Banking mittelfristig Weltmarktführerin.²⁵ Die Schweiz steht in einem intensiven Wettbewerb mit Finanzzentren auf der gesamten Welt. Unter anderem die asiatischen Finanzzentren Hongkong und Singapur weisen ein stärkeres Wachstum als die Schweiz auf und werden mittelfristig somit einen zunehmend grösseren Anteil an Vermögen verwalten. Will sich die Schweiz auch zukünftig gegen die rasant wachsenden Finanzplätze aus Asien sowie Konkurrenzfinanzplätze mit höheren Wachstumserwartungen behaupten, sollte das Schweizer Private Banking nebst den bestehenden attraktiven Standortfaktoren Innovationen, wie beispielsweise im Bereich des digitalen Bankings, weiter fördern.

²⁵ The Boston Consulting Group (2017).

5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz

Die Banken in der Schweiz beschäftigten per Ende 2016 101'382 Personen (in Vollzeitäquivalenten, im Inland) und damit 1,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Personalrückgang bei den Banken in der Schweiz ging somit auch 2016 weiter und ist unter anderem dem herausfordernden Umfeld geschuldet. Die Zahl der Arbeitslosen im Bankenbereich ist mit 2,8 Prozent vergleichsweise niedrig und liegt unter den Zahlen für die Gesamtwirtschaft.

Die Entwicklung des Personalbestandes im ersten Halbjahr 2017 war gemäss einer von der SBVg durchgeführten Umfrage stabil. Nahezu zwei Drittel der befragten Banken rechnen für das zweite Halbjahr 2017 mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenlage.

5.1 Entwicklungen im Jahr 2016

Im Jahr 2016 beschäftigten die Banken im Inland 101'382 Personen (in Vollzeitäquivalenten). Die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und strukturellen Anpassungen der Bankenlandschaft mit einer Reduktion um fünf Institute wirkten

sich auch auf die Beschäftigungszahl aus. Diese nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1'660 Stellen ab (-1,6 %).

Im Jahr 2016 betrug die Arbeitslosenrate im Schweizer Bankensektor gemäss dem SECO durchschnittlich 2,8 Prozent. Sie lag somit um einen halben Prozentpunkt unter den Zahlen für die Gesamtwirtschaft von 3,3 Prozent und ist damit vergleichsweise niedrig. Insgesamt waren im Jahresdurchschnitt 2016 3'821 registrierte Arbeitslose im Bankensektor zu verzeichnen, was einer Zunahme um 155 Arbeitslose im Vergleich zum Jahr 2015 entspricht.²⁶ Angesichts der grossen Herausforderungen, denen sich die Banken gegenüber sehen, ist der Arbeitsmarkt weiterhin äusserst robust.

Der Trend zur Konsolidierung im Bankensektor hält schon lange an. Das Niedrigzinsumfeld, die strengeren Regeln für die Kreditvergabe und die neuen Eigenkapitalanforderungen erzeugen Druck auf die Margen. Durch die Auslagerung und Digitalisierung von Geschäftsprozessen werden Arbeitskosten eingespart und die Effizienz der Abläufe erhöht. Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Schweiz durch die Realisierungen von Effizienzsteigerungsmassnahmen bleibt somit ein Dauerthema.

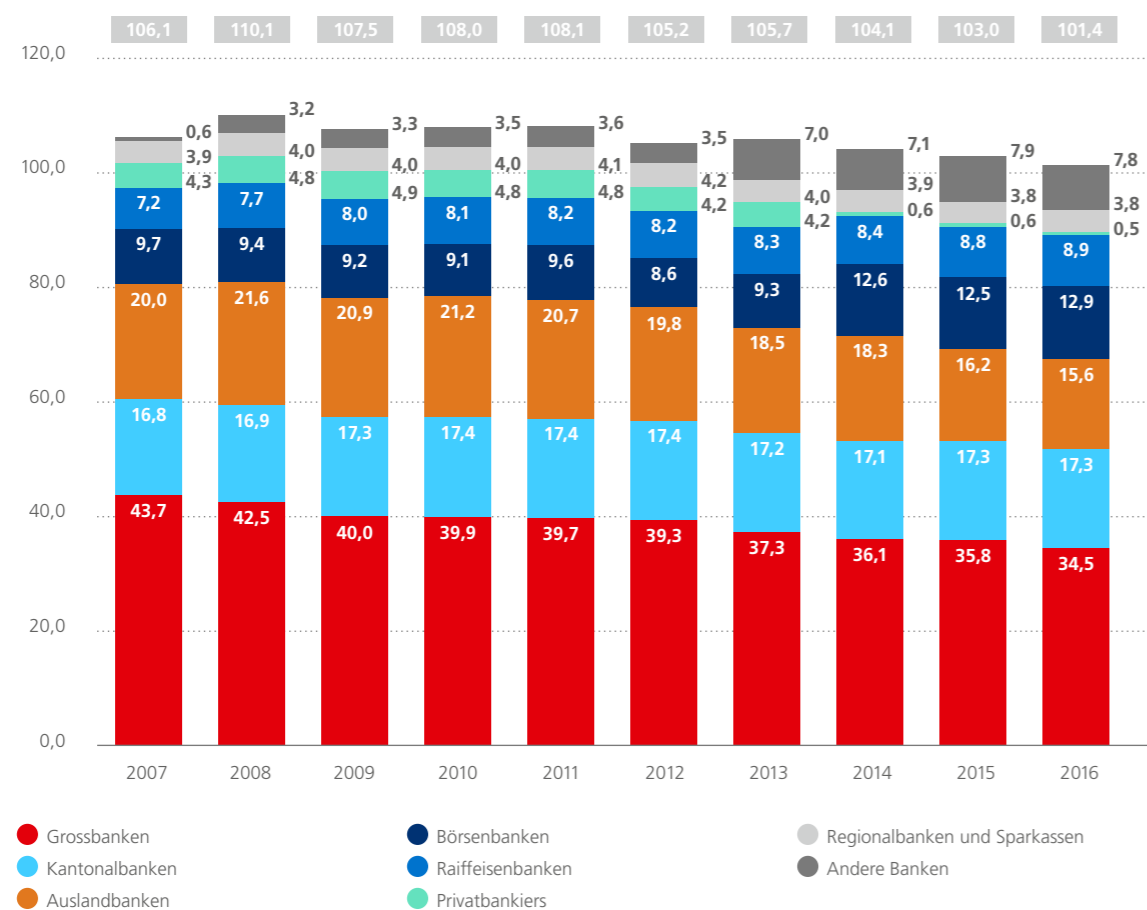
²⁶ SECO (2017).



Abb. 14

Personalbestand bei den Banken in der Schweiz (Inland)

In Tsd. Vollzeitäquivalenten



Quelle: SNB

Grossbanken, Kantonalbanken, Privatbankiers, «Andere Banken» und Auslandbanken haben im Jahr 2016 2'142 Stellen abgebaut. Den grössten Teil zum Personalrückgang trugen die Grossbanken mit einer Stellenreduktion von 1'253 (-3,6 %) ihres Personalbestandes bei, gefolgt von den Auslandbanken mit einem Rückgang von 647 Stellen (-4,2 %). Die Kantonalbanken reduzierten ihren Personalbestand um 66 Stellen (-0,4 %), Privatbankiers um 93 Stellen (-4,2 %) die «Anderen Banken» um 84 Stellen (-1,1 %). Regionalbanken und Sparkassen, Raiffeisenbanken sowie die Börsenbanken haben im Jahr 2016 insgesamt 483 zusätzliche Stellen geschaffen.

Den stärksten Zuwachs verzeichneten die Börsenbanken mit 413 Stellen (+3,3 %). Die Raiffeisenbanken schufen 61 zusätzliche Stellen (+0,7 %) und bei den Regionalbanken und Sparkassen stieg der Personalbestand um neun neue Stellen (+0,2 %).

Durch die Abnahme des Personalbestands sank auch der Lohnaufwand im Inland gegenüber dem Vorjahr um CHF 0,2 Mrd. (-1,0 %). Die Anzahl der Erwerbstätigen ist in den Gruppen der 15 bis 24 jährigen und der 25 bis 39 jährigen von 13'100 auf 14'300 (+9,6 %) sowie von 41'700 auf 42'300 (+1,4 %) angestiegen. Die Gruppen der 40 bis 54 jährigen sowie der 55 bis 64 jährigen verzeichneten hingegen einen Rückgang von 54'600 auf 52'400 (-4,1 %) und 16'100 auf 14'400 (-10,6 %) Erwerbstätige.²⁷

Der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden ist gegenüber dem Vorjahr von 37,2 Prozent auf 37,3 Prozent leicht angestiegen. Den höchsten Anteil wiesen wie bereits in den Vorjahren die Regionalbanken und Sparkassen mit 45,5 Prozent und die Raiffeisenbanken mit 45,3 Prozent aus. Per Ende 2016 beschäftigten Schweizer Banken im Inland 37'858 Frauen (Vollzeitäquivalente).

5.2 Entwicklungen im Jahr 2017

Die jährlich von der SBVg durchgeführte Umfrage zur Personalentwicklung bei den Banken zeigt für das erste Halbjahr 2017 einen leichten Rückgang der Beschäftigung in der Schweiz. Sie reduzierte sich zwischen Ende 2016 und Juni 2017 von 88'006 auf 87'035 Stellen. Gegenüber dem Stand Ende 2016 betrug der Rückgang im Inland somit 971 Stellen oder rund ein Prozent. Im Gegensatz dazu wurde der Personalbestand im Ausland um 283 Stellen aufgebaut.

²⁷ SAKE (2017).

Abb. 15

Personalbestand im Inland²⁸

In Vollzeit- äquivalenten	Stand am 31.12. 2016	Stand am 30.06. 2017	Entwicklung im ersten Halbjahr 2017			
			Veränderung Total	Veränderung in %	Zugänge	Abgänge
Inland	88'006	87'035	-971	-1,1%	4'243	5'214

Anmerkung: Anzahl Antworten: 159

Quelle: Umfrage der SBVg (2017)

Die detaillierten Ergebnisse der Zu- und Abgänge zeigen bei den Banken in der Schweiz im Inland in den ersten sechs Monaten eine Zunahme der Beschäftigten von 4'243 Stellen. Diesem Aufbau stand ein Arbeitsplatzabbau von 5'214 Stellen gegenüber, woraus die Reduktion des Personalbestands um gut ein Prozent resultierte.

Erwartung einer gleichbleibenden Beschäftigung ist breit abgestützt

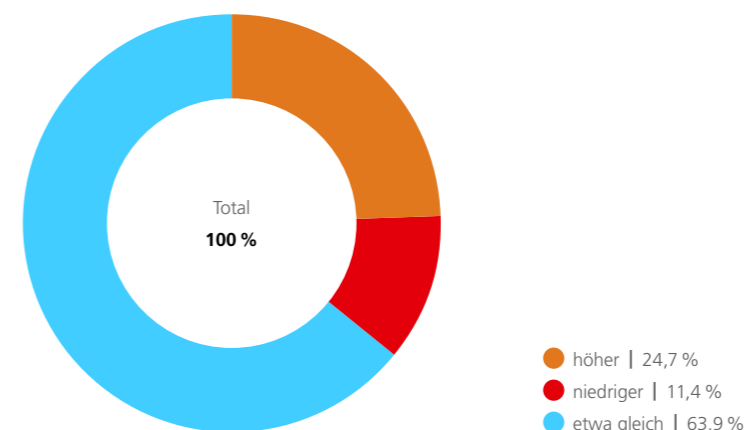
Für das zweite Halbjahr 2017 erwarten 63,9 Prozent der antwortenden Banken eine unveränderte Beschäftigung, was gegenüber der Vorjahresumfrage einem Rückgang von 3,4 Prozentpunkten entspricht. 24,7 Prozent der Umfrageteilnehmer erwarten einen höheren und 11,4 Prozent einen tieferen inländischen Personalbestand. Da die Umfrageteilnehmer, welche eine unveränderte oder höhere Beschäftigung erwarten, rund 87 Prozent des gesamten Personalbestands darstellen, wird von einem mindestens gleichbleibenden Beschäftigungssaldo in der zweiten Hälfte 2017 ausgegangen.

²⁸ Der Personalbestand in der Schweiz per Ende 2016 fiel in der Umfrage der SBVg tiefer aus als in der Statistik der SNB angegeben. Der Grund für diese Differenz liegt in der Rücklaufquote der SBVg-Umfrage. Die Umfrage wurde bei 220 Banken in der Schweiz durchgeführt. Die Rücklaufquote der Befragung lag bei 72,3 Prozent, welche 86,8 Prozent des Personalbestands von Banken in der Schweiz repräsentieren.



Abb. 16

Erwartete Beschäftigungsentwicklung zweites Halbjahr 2017



Anmerkung: Anzahl Antworten: 159. Anteile in Prozent aller Antworten.

Quelle: Umfrage der SBVg (2017)

Weiterhin geringer Anteil der Erwartung niedrigerer Beschäftigung

In den vergangenen Umfragen zur Beschäftigungsentwicklung dominierte jeweils die Kategorie «etwa gleich». Seit 2013 sinkt aber die Erwartung einer tieferen Beschäftigung, während diejenige einer höheren Beschäftigung leicht zunimmt. Im vergangenen Jahr hat sich dieser Trend bei der Einschätzung der höheren Beschäftigung fortgesetzt. Fast ein Viertel der befragten Banken (ungewichtet) erwarten eine höhere Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2017.

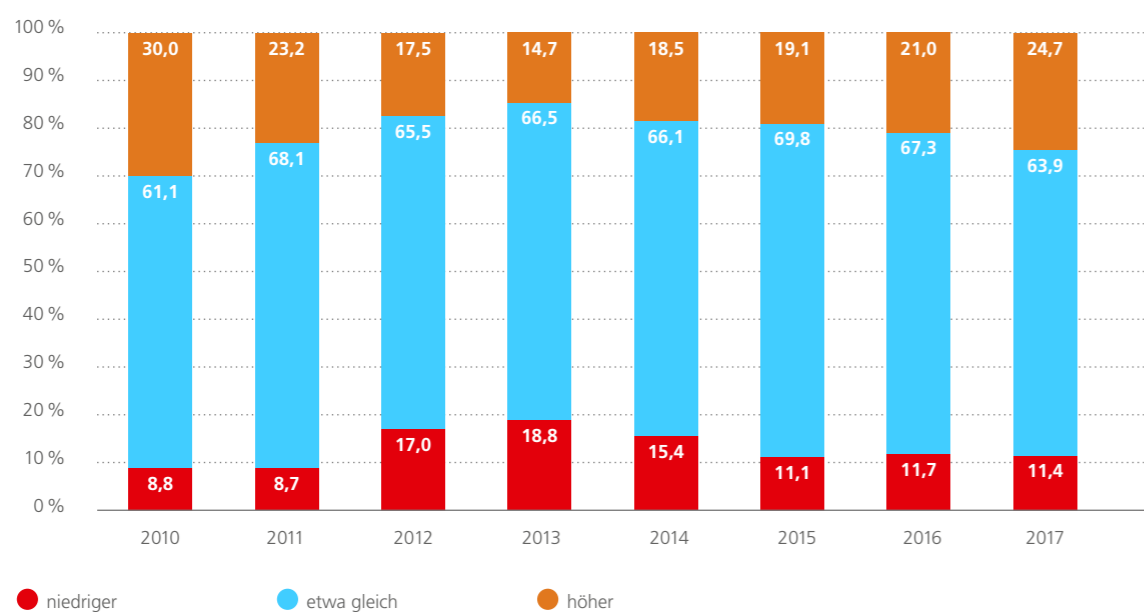
Die optimistischere Einschätzung im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahren zeigt sich auch darin, dass der Anteil der Banken, die im zweiten Halbjahr 2017 eher mit einer rückläufigen Beschäftigung rechnen, gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat.



Abb. 17

Beschäftigungserwartung für das zweite Halbjahr 2017

In Prozent aller Antworten



Anmerkungen: Anzahl Antworten: 159

Quelle: Umfrage der SBVg (2017)

Gleichbleibende Beschäftigung in fast allen Geschäftsbereichen

Der Vergleich der Tendenzaussagen für die einzelnen Geschäftsbereiche mit der jeweiligen Beschäftigung der Banken per Ende Juni 2017 zeigt, dass bei allen Geschäftsbereichen die Erwartung einer gleichbleibenden Beschäftigung dominiert.²⁹ Trotzdem lassen sich einige Unterschiede bei der Bewertung der Zukunft ableiten. So tendieren einige der befragten Banken, insbesondere beim Private

²⁹ Arbeitgeber Banken, der Arbeitgeberverband der Banken in der Schweiz, publiziert jährlich in seiner Studie «Arbeitgeber Banken Monitor» eine Einschätzung, wie sich die Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird. Diese Einschätzung basiert auf einer Befragung der Personalverantwortlichen der Banken in der Schweiz. Daneben existiert ein quartalsweise erscheinender Monitor, der rückblickend die Entwicklung der offenen Stellen und der Arbeitslosenzahlen der Branche – inkl. einer regionalen und berufsgruppenspezifischen Perspektive – beleuchtet. Aufgrund der unterschiedlichen Methode der Ergebnisermittlung und des unterschiedlichen Zeithorizonts der Betrachtung können die Ergebnisse der Studie des Arbeitgeberverbands und der vorliegenden Befragung nur bedingt miteinander verglichen werden.

Banking und dem institutionellen Asset Management, zu einer vorsichtig optimistischen Einschätzung. Auf der anderen Seite wird für das Retail Banking und das Handelsgeschäft überwiegend von einer sich nicht verändernden Beschäftigungssituation ausgegangen. Pessimistischer wurde die Entwicklung im Geschäftsbereich Logistik und Operations eingeschätzt. Hier dürfte sich insbesondere die zunehmende Digitalisierung in der Zukunftserwartung widerspiegeln.

Abb. 18

Tendenz der Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2017

Total	Retail Banking	Private Banking	Institutionelles Asset Management	Handelsgeschäft	Logistik und Operations («Backoffice»)
↗ ↘	→	↗ ↘	↗ ↘	→	↘ ↗

Anmerkung: Je nach Geschäftsfeld beträgt die Anzahl Antworten zwischen 90 und 111. Beim Total sind es 159. Da der Rücklauf für das «Total» weitaus höher liegt als bei den einzelnen Geschäftsfeldern, ist die Aussagekraft für «Total» am stärksten. Die Tendenzen ergeben sich aus den mit der Beschäftigung im Inland per Juni 2017 gewichteten Antworten.

Quelle: Umfrage der SBVg (2017)

Keine Veränderung der Arbeitslosenrate im Bankensektor

Im ersten Halbjahr 2017 hat sich die Arbeitslosenrate im Bankensektor gemäss der monatlichen Statistik des SECO gegenüber Dezember 2016 nicht verändert und verharrte auf einem Wert von 2,8 Prozent. Damit lag die Arbeitslosenquote immer noch unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 3,0 Prozent im Juni, obwohl diese seit Dezember 2016 abgenommen hat.

6 Literaturverzeichnis

Arbeitgeber Banken

«Arbeitgeber Banken Monitor, 3/2017»

Ernst & Young (EY)

«Global IPO Trends Q2 2017», Juni 2017

Financial Action Task Force (FATF)

«Mutual Evaluation Report», Dezember 2016

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

Schweizerische Nationalbank (SNB)

«Bericht zur Finanzstabilität 2017»

«Die Banken in der Schweiz 2016»

«Online Datenbank», Stand Juli 2017

SIX Swiss Exchange

«Kennzahlen SIX Swiss Exchange: Juni 2017»

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

«Die Lage auf dem Arbeitsmarkt», Diverse Ausgaben

The Boston Consulting Group (BCG)

«Global Wealth 2017: Transforming the Client Experience», Juni 2017

Z/Yen Group Limited

«The Global Financial Centres Index 21», März 2017

•SwissBanking

Schweizerische Bankiervereinigung
Association suisse des banquiers
Associazione Svizzera dei Banchieri
Swiss Bankers Association

Aeschenplatz 7
Postfach 4182
CH-4002 Basel

+41 61 295 93 93
office@sba.ch
www.swissbanking.org